

Nummer 10

36. Jahrgang

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 5. März 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Außerordentlicher Kongreß

**des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats, in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9 $\frac{1}{2}$  Uhr

**TAGESORDNUNG:**

### Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Verbandsvorständen überlassen. **DER BUNDESVORSTAND, Leipart.**

## An die Gewerkschaftsmitglieder!

**Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!**

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf Eure Knechtschaft zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenlose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisten? Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbeirrbareren politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

**Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!**

**Wir rufen Euch auf, dem seitherigen**

**Reichspräsidenten Hindenburg**

**Eure Stimme zu geben.**

**Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

## Bankensanierung und Staatskontrolle

Seit Jahren erkennen wir auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine Ratlosigkeit in der Führung, die geradezu erschreckend ist. Auf der einen Seite des Ozeans hungern Millionen von Menschen wegen Mangel an Nahrungsmitteln, auf der anderen Seite aber werden die gleichen Nahrungsmittel aus Ueberfluß zum Heizen von Lokomotiven und Dampfmaschinen verwendet. Die kapitalistische Führung der Wirtschaft- und die Verteilung der Produkte hat gründlich versagt. Das erkennen wir auch in Deutschland in hundertfältiger Form. Es hieße die Tatsachen verschleiern, wenn man behaupten wollte, daß an unseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur die Nachkriegsfolgen Schuld tragen. Die Kürzsichtigkeit der Wirtschaftsführung, die überstürzte Rationalisierung in den Betrieben, die grundverkehrte Zollpolitik und die gewollte oder ungewollte Einflußlosigkeit des Staates in der Vergangenheit auf die Wirtschaft sind, allerdings in Verbindung mit der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland, schuld an der Millionenarbeitslosigkeit unserer Tage. Wenn man Ursache und Wirkung ruhig gegeneinander abwägt, muß man zu dem Schluß kommen, daß der Staat im Interesse der Gesamtheit die Pflicht hat, in die Wirtschaftsführung bestimmend einzugreifen, um so mehr, da bis heute Steuermittel in gewaltigem Umfang zur Sanierung von wirtschaftlichen Unternehmungen, Banken, Schiffsahrtsgesellschaften usw. bereitgestellt wurden. — Der 22. Februar 1932 ist ein Tag größter Ausdehnung des Staates in der Wirtschaft. Das geschah nicht mit dem Willen des Staates, sondern in erster Linie durch die Unzulänglichkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung, der gegenüber die Auswirkungen der internationalen Kreditkrise in den Hintergrund traten. Rund 800 Millionen Mark waren jetzt notwendig, um die Bankensanierung durchzuführen, um das Unheil des Sommers 1931 wieder gutzumachen und das deutsche Bankwesen erneut auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Das Ausmaß der Staatshilfe geht aus folgender Aufstellung hervor:

Das Reich opfert für die neue Dresdner unmittelbar: 100 Millionen aus der Borgsaktien-Umwandlung, 50 Millionen Gegenwert aus eigenen Dresdner Bank-Aktien, 7,5 Millionen Dresdner Bank-Aktien für Danat-Aktionäre, 15,7 Millionen Zusammenlegungsverlust der Reichs-Kredit-AG., 20 Millionen zur Abfindung beim Personalabbau. Zusammen 193,2 Millionen verlorene Zuschüsse.

Das Reich füllt Reserven auf, woraus eine Tilgungsverpflichtung der Banken entsteht, und zwar 30 Millionen Schatzanweisungen Dresdner Bank, 100 Millionen Schatzanweisungen Notreserve der Dresdner Bank, 60 Millionen Schatzanweisungen als Bausparkredite der Dresdner Bank, 26 Millionen Zusammenlegungsverlust aus 37,2 Millionen Commerzbank-Aktien, 23,2 Millionen Offene Reserve Commerzbank, 16,8 Millionen Ausgleichs-

reserve Commerzbank. Zusammen 256 Millionen Schatzanweisungsverpflichtungen. Die Goldbillsfontaine wendet auf: 57,5 Millionen für 50 Millionen DD-Bank-Aktien, 51,7 Millionen für 45 Millionen Commerzbank-Aktien, 50,4 Millionen für 48 Millionen Dresdner-Bank-Aktien, 15 Millionen für 13 Millionen Adca-Aktien. Zusammen 174,6 Millionen für Uebernahme von Bankaktien.

Nimmt man den Aktienerwerb des Reichs bei der Dresdner

Bank hinzu, so ergibt sich eine Hilfe des Reichs zur Sanierung des Bankwesens von rund 800 Millionen Mark. Hierauf werden freilich nur zum Teil Barzahlungen geleistet, zum anderen handelt es sich größtenteils um Kapitalanlagen, für die Dividendenanteile bestehen. Die öffentliche Hand ist damit zum Kapitalträger der Bankennirtschaft geworden. Wir vermüssen aber die Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären. Was die Leitung und die Kontrolle der Banken anbelangt, so wird die DD-Bank offenbar ohne jegliche Kontrolle bleiben, trotzdem ein Kontrollanspruch bestehen würde. Für unmöglich halten wir es, daß bei den starken Leistungen des Reichs bei der Commerz- und Privatbank eine Aufsichtsratsvertretung des Reichs nicht in Frage kommen soll. Die Sanierung der Bank war eine Notwendigkeit. Sie wird sicher, nachdem sie mit einheitlichem Willen und offenbar unter gründlicher Bereinigung der Verluste durchgeführt worden ist, in Deutschland wieder Vertrauen erwecken. Sie wird aber auch das Vertrauen des Auslandes stärken. Aber diese Sanierung ist nicht nur ein wirtschaftlicher Akt, sondern auch ein politischer. Das Vertrauen des Staatsbürgers in die Führung des Reichs kann zerstört werden, wenn er das Empfinden hat, daß er als Steuerzahler zu großen Opfern und zur Uebernahme unabsehbarer Risiken veranlaßt wird, der Staat aber, der doch schließlich nur im Auftrage des Steuerzahlers handelt, in der Wahrnehmung der Kontrolle der Staatsgelder keine Sorgfalt vermessen läßt, die er dem Staatsbürger schuldig ist. Wenn der Staat schon die Mittel zur Sanierung der Banken zur Verfügung stellt,

so hat er auch die Pflicht, in der Geschäftsführung der Unternehmungen ein Wort mitzureden.

Wir sind anderer Meinung als der Reichsbankpräsident Dr. L u t h e r, der „so bald wie möglich aus der ganzen Angelegenheit herauszukommen“ beabsichtigt. Die neue Lage in der Bankennwelt muß zum Ausgangspunkt einer organischen Zusammenfassung aller öffentlichen Kräfte im Bankwesen werden. Unser Ziel ist deshalb die staatliche Herrschaft und Führung auch in der Gesamtwirtschaft.

E. F.

### HITLER haßt die Arbeiter und ihre Gewerkschaften!

Er erklärt: Gewerkschafter sind „Auswurf“ der Menschheit (S. 42).

In seinem Buche „Mein Kampf“ berichtet Hitler von seinem ersten Zusammentreffen mit einer gewerkschaftlichen Organisation. Der Beamtensohn Adolf war in seiner Jugend gezwungen, kurze Zeit auf einem Bau zu arbeiten, und zwar als Bauhilfsarbeiter, obwohl er sich selbst für einen hervorragenden Baumeister und Architekten hielt. Auf diesem Bauplatz fühlte Hitler sich nicht wohl. Zu unerträglich erschien es ihm, ewig Handarbeiter zu bleiben.

„Es war schon von Anfang an nicht sehr erhellend. Meine Kleidung war noch etwas in Ordnung, meine Sprache gepflegt und mein Wesen zurückhaltend... Ich suchte nur nach Arbeit, um nicht zu verhungern, um damit die Möglichkeit einer, wenn auch langsamen Weiterbildung zu erhalten...“ (Seite 40.)

„Die ersten Tage war ich ärgerlich. Mittags ging ein Teil (der Belegschaft) in die zunächst gelegenen Wirtschaftshäuser, während ein anderer Teil am Bauplatz blieb und dabei ein meist sehr ärmliches Mittagessen verzehrte. Ich trank meine Flasche Milch und aß mein Stück Brot irgendwo seitwärts und studierte vorsichtig meine neue Umgebung oder dachte über mein elendes Los nach.“ (Seite 41.)

Man sieht: Ein entwurzelter Kleinbürger ist gezwungen, als Handarbeiter tätig zu sein. Er verspürt keinen Funken von Solidarität mit den Kollegen, er setzt sich seitwärts und beklagt sein „elendes Los“. Er achtet sorglich auf die „gepflegte“ Sprache seiner Realschule. Sein Wesen ist — wie muß sich Hitler verändert haben?! — „zurückhaltend“. Doch die „Zurückhaltung“ hilft ihm nicht. Die Kollegen fordern ihn auf, der Gewerkschaft beizutreten. Aber...

„Meine Kenntnisse der gewerkschaftlichen Organisationen waren damals noch gleich Null. Weder die Zweckmäßigkeit noch die Unzweckmäßigkeit ihres Bestehens hätte ich zu beweisen vermocht. Da man mir erklärte, daß ich eintreten müßte, lehnte ich ab. Ich begründete das damit, daß ich die Sache nicht verstünde, mich aber überhaupt zu nichts zwingen ließe.“ (Seiten 41 bis 42.)

Was ihm dann weiter auf dem Bau passiert, deutet Hitler nur ungenau an. Zwischen den Zeilen kann man erkennen, daß er die Entscheidung hinauszögern wollte, und erklärte, er wolle sich die Sache noch ein Weilchen überlegen. Bis die Belegschaft schließlich den gelben Adolf vom Bau jagte.

„In diesen 14 Tagen lernte ich meine Umgebung näher kennen, so daß es keiner vermocht hätte mich zu zwingen, in eine Gewerkschaft einzutreten, deren Träger mir bisher in einem so ungünstigen Lichte erschienen waren.“ (Seite 41.)

Nicht aus grundsätzlichen Erwägungen oder Ueberlegungen, nicht aus Haß gegen die „Bonzen“ oder aus Haß gegen die Organisation selbst, die er ja gar nicht kannte lehnte Hitler den Beitritt zur Gewerkschaft ab. Das eine war maßgebend, daß ihm die Träger des gewerkschaftlichen Gedankens „in so ungünstigem Lichte“ erschienen waren. Und dieser arrogante Mann, der also damals schon den „Osaf“ in sich spürte und die organisierten Arbeiter vom wackligen Piedestal seiner Nazilogik als Untermenschen ansah, obwohl er doch als Halbtseche selber nicht rassereiner ist, will nun jetzt die von ihm verachteten Gewerkschafter in seine gelbbraune Front einreihen. Einen „Fußtritt“ jedem Nazi, der es wagt, die Gewerkschaften in ihrem Bestande anzugreifen!

## Es steht sehr viel auf dem Spiel!

Wer wird Reichspräsident? Unser Aufruf gibt die Parole der deutschen Gewerkschaften klar und unzweideutig wieder. Trotzdem wird mancher Kollege die Bedeutung dieser Wahl nicht immer richtig einschätzen. Seit der Weimarer Verfassung ist es am 13. März 1932 das zweitemal, daß wir zur Reichspräsidentenwahl schreiten. Fast 43 Millionen deutscher Wähler und Wählerinnen haben eine schwerwiegende Entscheidung zu fällen. Auf sieben Jahre wird der Reichspräsident gewählt, und seine Vollmachten sind — wie sich besonders in den letzten Jahren erwiesen hat — sehr weitgehend. Nachdem die Katastrophewahl vom 14. September 1930 einen fast unfähigen Reichstag zustande brachte, ist sehr bald mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung registriert worden, und wir bekamen die schier unerträgliche Aera der Notverordnungen. Zwar kann der Reichstag die Aufhebung solcher Notverordnungen herbeiführen, das würde aber in jetziger Zeit nur bedeuten, daß eine weitere Verschlechterung für die Arbeitnehmer dabei zustande käme, da die Nazis in den letzten Monaten wohl oder übel mit ihrem Programm so deutlich geworden sind, daß ein Mißverständnis ausgeschlossen ist. Man will wieder Vorkriegsuntertanen schaffen und Herren! Dazu soll der Reichspräsident Hitler die willfährige Puppe sein, dieweil Hindenburg sich zu irgendwelchen Versprechungen für die Nazis nicht hergegeben hat. Zwar ist auch in rechtsgerichteten Kreisen keine Einigkeit vorhanden; von deutsch-nationaler Seite wurden neben Hitler noch Duesterberg aufgestellt. Der „Völkische Beobachter“ vom 25. Februar 1932 bezeichnet diese Sonderkandidatur Duesterbergs als „offene Sabotage des beginnenden Entscheidungskampfes, betrieben von eitlen bürgerlichen Strategen, die bisher noch jede Schlacht verloren haben, in der sie auf die eigene Kraft angewiesen waren.“

Die Kommunisten haben wie üblich ihren Thälmann aufgestellt, der nur ein Zählmann ist. Sie wirken damit indirekt für die Nazis, wie wir das in den letzten Jahren — insbesondere beim Volksentscheid Preußen — so unendlich oft erlebt haben. Wann werden die Arbeitnehmer endlich erkennen, daß diese Demonstrationspolitik die schwerste Gefährdung jeglichen gesetzlichen Fortschritts für sie bedeutet? Demgegenüber ist die Linie der politisch aufgeklärten Arbeitnehmer klar vorgezeichnet.

### Sie sind weder Parteigänger der Brüning-Regierung noch erblicken Sie in Hindenburg den Vertreter ihrer Interessen.

Weil aber die Macht der Arbeiterklasse infolge ihrer Zersplitterung durch die Kommunisten zu schwach ist, um sich mit dem eigenen Kandidaten durchzusetzen, müssen sie wohl oder übel für den Kandidaten Hindenburg eintreten, so schwer es auch dem einzelnen fallen mag. Die Arbeiterinteressen stehen auf dem Spiel, da heißt es Disziplin bewahren und die taktischen und politischen Konsequenzen zu ziehen aus der Gesamtsituation. Hitler oder Hindenburg, das ist jetzt die Frage, und wir glauben trotz aller Bedenken einzelner, daß es nicht schwer fallen kann, sich in diesem Kampf zu entscheiden.

\* \* \*

Inzwischen hat der Reichstag seine Tagung beendet. Wenn auch in der Hauptsache die Festlegung des Termins zur Reichspräsidentenwahl den Inhalt dieser Tagung bilden sollte, gestaltete sie sich doch zu einer gewaltigen Abrechnung der Sozialdemokratie mit den Nationalsozialisten. Ja, man kann sagen, daß auch in weiten Kreisen des Bürgertums und selbst in der Brüning-Regierung die Erkenntnis immer mehr dämmert, daß die Prätorianergarde der deutschen Schwerindustrie — die Nationalsozialisten — Deutschlands Unglück auf der ganzen Linie herbei-

führen würden, wenn sie zur Macht kämen. Schon die unglückselige Goebbels-Rede hatte einen für die Nazis gewiß nicht erwünschten sensationellen Verlauf. Der Ältestenausschuß beschloß am ersten Tag — natürlich gegen die Stimmen der Nazis — den Ausschluß Goebbels infolge der hemmungslosen Demagogie, mit der dieser kleine Mann zu Werke ging. Er, der nie im Krieg gewesen, warf den Sozialdemokraten und indirekt auch Hindenburg vor, daß sie Deserteur seien. Wohl die trefflichste Antwort gab ihm der sozialdemokratische Abg. Dr. Schumacher, Stuttgart, die sich in dem einen Satz zusammenfassen läßt: „Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen!“

Wir nehmen an, daß unsere Leser die Tagespresse aufmerksam gelesen haben. So müssen wir uns darauf beschränken festzustellen: neben manchem Unerfreulichen dieser Tagung des Reichstags wurde doch allerhand Material zutage gefördert, das, bei der Wahl richtig angewandt, dazu beitragen kann, eine Götzendämmerung der nationalsozialistischen Demagogen herbeizuführen. Selbst der Reichskanzler hat am 25. Februar 1932 in längerer Rede eine so scharfe Sprache gegen die Nazis geführt, wie man das von ihm sonst nicht gewöhnt war. Groener hatte bereits am ersten Tage in trefflicher Energie sich den Goebbels mit seiner Unbeherrschtheit und Zügellosigkeit vorgenommen. Leider war seine Erklärung in bezug auf die Zulassung von Nationalsozialisten in die Reichswehr sehr verklausuliert und durchaus unbefriedigend. Auch Brüning, der in seiner großen Rede weitere Vorbehalte bezüglich der „Legalität der Nazis“ machte, glaubte, gegenüber den Nationalsozialisten damit paradien zu müssen, daß er „am 9. November 1918 an der Spitze des Sturmabteiles Winterfeld war, zur Niederwerfung der Revolution“.

Man muß sich damit erneut zum Bewußtsein bringen, daß wir weder mit Brüning noch mit seiner Regierung politisch grundsätzliche Gemeinsamkeit haben! Aber weite Kreise des Bürgertums erkannten — besonders nach dieser Reichstagstagung —, daß auch ihrer im „Dritten Reich“ allerhand Herrlichkeiten warten würden, die sie kaum ertragen könnten. Darum ist die Stellung der Sozialdemokratie, so wie der klarblickenden politisch überlegenden Arbeitnehmerschaft zur Präsidentschaftswahl zwangsläufig. Wir müssen erst Herr werden der Hitler-Pest, dann können wir uns erneut und grundsätzlich mit dem Bürgertum im Reichstag und an anderen Stellen politisch weiter auseinandersetzen.

\* \* \*

Inzwischen ist auch die Einbürgerungsschiebung in Braunschweig perfekt geworden. Hitler soll als Regierungsrat im besonderen Auftrag für die braunschweigische Verwaltung tätig sein. Es ist sehr zu bezweifeln, daß diese Ernennung volle Rechtskraft hat. Schlimmer aber als mit der Rechtsfrage steht es in dieser Sache mit der Moral des neugebackenen „Parteibuchbeamten“ Hitler. Deutschlands Innen- und Außenpolitik muß begrifflicherweise weiter auf den Hund kommen, wenn solche Vorgänge möglich sind und ein Reichspräsidentenkandidat sich solche Posten erschleicht, um dadurch Staatsbürger zu werden. Wir glauben, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit die Antwort bei der Reichspräsidentenwahl mit aller Deutlichkeit geben wird.

Für alle unsere Kollegen aber gilt jetzt mehr denn je die Parole:

**Nieder mit dem Nazi-Terror!  
Wir wirken allüberall für die Eisene Front!**

## Die Abrüstungskonferenz in Genf

„Die Geduld der Völker ist aufs äußerste angepannt... Wir sind nicht hier, um Bitten vorzubringen oder Hoffnungen auszudrücken, sondern um Forderungen zu vertreten.“ (Aus der Rede von Emile Vandervelde in der Plenarsitzung der Abrüstungskonferenz in Genf am 6. Februar 1932.)

Die Rüstungsausgaben von sieben großen Mächten betragen in den letzten fünf Jahren:

	In Millionen Mark (ohne die Gelder, die für die Pensionen verwendet werden)				
	1926	1927	1928	1929	1930
Deutschland .....	629	685	738	665	685
Frankreich .....	847	1 831	1 552	1 935	1 847
Italien .....	935	1 044	1 032	992	963
Rußland .....	1 256	1 456	1 726	1 976	2 334
Großbritannien .....	2 387	2 052	1 950	1 940	1 859
Japan .....	843	928	960	1 010	1 024
Vereinigte Staaten .....	2 250	2 407	2 728	2 871	2 850
Summa	9 147	10 403	10 696	11 399	11 567

Seit vier Monaten wütet der Krieg in der Mandschurei. Seit einem Monat wird ein chinesisches Viertel in Schanghai bombardiert. In der Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, entfallen die japanischen Truppen eine großzügige Offensive. Man rechnet schon mit Tausenden von Toten. Seit einiger Zeit arbeiten Munitionsfabriken in der Schweiz, in England, in Frankreich Tag und Nacht. Die Aktien dieser Fabriken steigen.

Unter diesen Umständen fragt es sich, ob es noch einen Wert hat, über eine Abrüstungskonferenz zu berichten; ob die Delegierten, die dort versammelt sind, nicht den römischen Priestern ähnlich sind, die sich nicht ansehen konnten, ohne zu lachen. Diese Frage wird noch dringender, wenn man weiß, daß mehr als 60 Proz. der dort versammelten Delegierten und Sachverständigen Militärs sind, wenn man weiß, daß unter den Delegierten mehr oder weniger offene Vertreter der Schwerindustrie sind. Sehr oft stellte ich mir diese Frage, als ich zu den Sitzungen der Abrüstungskonferenz ging, wo Menschen über Heiligkeit der Verträge und über Bombardementsverbote redeten, dabei aber doch Verträge brechen und Städte bombardieren lassen.

Und doch hat es einen Wert, meine ich, über das, was in Genf vorgeht, zu berichten: Es gilt zu vermeiden, daß Illusionen über diese Konferenz entstehen. — Es gilt auch in der Öffentlichkeit sein Bestes zu tun, um zu verhindern, daß der Kompromiß, auf den die Delegierten sich wahrscheinlich einigen werden, nichts weiter als eine Rationalisierung der Rüstungen bedeuten wird. Das wird nämlich eintreten, wenn kein mächtiger Druck von Seiten der Freunde des Friedens auf die Konferenz ausgeübt wird.

Die ganze Konferenz steht unter dem Zeichen des Krieges im Fernen Osten, dumpfe Atmosphäre herrscht trotz der vielen schönen Worte. Fast alle Journalisten zucken die Achseln und lächeln. Die Briefmarken, die die Postverwaltung der Schweiz für die Konferenz herausgegeben hat und die ein durch einen grünen Zweig gebrochenes Schwert darstellen, die Abzeichen, die in den Straßen

verkauft werden, haben nicht vermocht, die dumpfe Stimmung zu verjagen. An das Gebäude, in dem die Konferenz tagt, hat man nicht „Abrüstungskonferenz“ geschrieben, sondern „Konferenz für die Verminderung und die Beschränkungen der Rüstungen“.

Wie weit ist die Konferenz? Fast alle Vertreter der Länder haben in den Vollsitzungen gesprochen und ihre Vorschläge gemacht. Alle haben erklärt: Wir sind für Abrüstung, wir wollen den Krieg mit Gas und Bakterien verbieten. Aber die Uneinigkeit fängt dann an, wenn man über die Mittel spricht, die zur Abrüstung führen sollen. Es gibt da zwei Pole, Frankreich und Rußland. Und dazwischen sind die anderen Länder, wie Deutschland, Italien, die Vereinigten Staaten und England. Rußland sagt: Totalabrüstung aller! Frankreich betont: Beibehaltung der Verträge, um den Frieden zu sichern, Schaffung eines internationalen Heeres im Dienst des Völkerbundes.

Deutschland und Italien sind für Gleichberechtigung aller Staaten und machen einzelne Vorschläge zur Teilabrüstung. England und die Vereinigten Staaten machen auch konkrete Vorschläge zur Teilabrüstung. Aber hinter manchen von diesen praktischen Vorschlägen verbergen sich die Privatinteressen und der Egoismus einzelner Mächte. Beispiel: England versucht die Waffen aus der Welt zu schaffen, die seine Herrschaft auf den Meeren bedrohen: die Unterseeboote. Die Vereinigten Staaten verlangen etwas Ähnliches. Die Betroffenen, Frankreich und Japan sind gegen diese Vorschläge. In den französischen Vorschlägen ist kaum etwas von Abrüstungsbestrebungen zu spüren, wenn man sie unter die Lupe nimmt. Man empfindet deutlich die Verbindung der französischen Regierung mit der Schwerindustrie. Ferner ist Deutschland zu starr in seinen Forderungen.

Jetzt beginnen die Kommissionsarbeiten. Die Pläne und Vorschläge werden gegeneinander prallen: Die These Deutschlands gegen die These Frankreichs. Die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz haben fünf Jahre gedauert, haben einen Konventionsentwurf für Abrüstung geschaffen. Dieser Entwurf ist lückenhaft und läßt manche Möglichkeiten zur Aufrüstung zu. Man hat komplizierte Verfahren für die Abrüstung gesucht, während man es viel einfacher gehabt hätte, wenn man auf das Verfahren, durch das Deutschland entwaffnet wurde, zurückgegriffen hätte. Rußland und Deutschland erkennen diesen Entwurf nicht an. Die anderen Mächte betrachten ihn als Diskussionsbasis.

Man wird noch lange Monate diskutieren. Während dieser Zeit werden vielleicht die Kanonen im Fernen Osten noch donnern. Ob die Konferenz einen Erfolg haben wird, kann man sehr bezweifeln. Soll die Konferenz von Genf nicht das Eintreten einer Katastrophe sanktionieren, so muß von Seiten der internationalen Arbeiterschaft der Druck durch eine großzügige Aktion angestellt werden. Es gilt also, die Worte Vanderveldes ernst zu nehmen und die von ihm angekündigte Aktion zu verwirklichen. Die gewerkschaftliche Macht der Arbeiterklasse ist dazu am besten geeignet. Der Frieden soll gesichert sein, wir brauchen ihn, um den Sozialismus zu verwirklichen. René Bertholet.

## Hammerschaften

Als bewußt aufgezugene republikanische Abwehrformationen gegen den Faschismus kam bisher nur das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Frage. Daneben gab es in neuerer Zeit, besonders in Sachsen, die Abwehrformationen der SPD. Bei aller Bedeutung, die ganz besonders dem Reichsbanner zukommt und bei aller uneingeschränkter Anerkennung des-bisher von ihm Geleisteten, muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob sich die demokratisch-republikanisch gesinnte Bevölkerung, vor allem die Arbeiterklasse, damit begnügen kann.

Dies ist der Sinn der Eisernen Front: die Mobilisierung aller demokratisch-republikanischen Kräfte, dort, wo sie zu finden sind. Und somit treten zur Stammtruppe des Reichsbanners die anderen Abwehrformationen hinzu. Diese sind die Hundertschaften der Arbeitersportverbände, die Schutzformationen der SPD und die Hammerschaften der freien Gewerkschaften. Ein Vielzahl von Organisationen möchte man versucht sein zu sagen und doch liegt dieser Gliederung eine große innere Berechtigung zugrunde. Es gilt, den Menschen dort zu fassen, wo er sich schon organisatorisch betätigt, wo er zu Gleichdenkenden Bindungen hat.

Das Reichsbanner als überparteiliche Organisation ist das Sammelbedien der Republikaner schlechthin, ohne Rücksicht auf und ohne Forderung einer Parteilugehörigkeit. Die körpergehaltigen Arbeitersportler stellen in ihren Verbänden eine schlagfertige Ab-

wehrformation dar. Der eingefleischte SPD-Mann mag in seiner reinen Parteiformation kämpfen, der Nurgewerkschafter tritt in die Hammerschaften ein.

Der Wirkungskreis der Hammerschaften ergibt sich aus ihrer Stellung innerhalb der Eisernen Front. Die Hammerschaften sollen eine straffere Erfassung der Gewerkschaftsmitglieder herbeiführen und sie erziehen zu aktiverem Massenaufreten. Das straffe geschlossene Massenaufreten ist ein gutes Mittel, dem Gegner zu zeigen, daß man sich nicht hange machen läßt, aber auch ein Mittel, dem Gegner die eigenen Kräfte vorzuführen und ihn einzuschüchtern. Der eigentliche gewerkschaftliche Kampf spielt sich viel zu sehr nur innerhalb des Kreises der direkt Beteiligten ab und bietet wenig Gelegenheit zu öffentlichem Auftreten. Die Hammerschaften aber lassen weithin erkennen, über welche große Reserven die Eisernen Front verfügt. Dieses straffe, gut disziplinierte Massenaufreten ist aber auch geeignet, das Selbstvertrauen im eigenen Lager in hohem Maße zu festigen. — Hinzu kommt die Erziehung der Gewerkschafter zu disziplinierter Abwehr von Terrorakten, sei es gegen die Einrichtungen der Arbeiterschaft, sei es gegen den einzelnen, sei es gegen die demokratischen Einrichtungen überhaupt. Das ist eine Aufgabe, die eben nur von den Hammerschaften gelöst werden kann, nicht aber von den sonstigen gewerkschaftlichen Organisationsmitgliedern. Walter Streicher.

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 10

Berlin, den 5. März 1932

3. Jahrgang

## Reichs- und Staatsarbeiter, wahret eure Rechte!

**D**ie deutschen Reichs- und Staatsarbeiter sind sehr spät in die Klassenkampf Bewegung der Arbeiter eingetreten, und zwar erst, als ihnen durch die Novemberrevolution des Jahres 1918 das uneingeschränkte Koalitionsrecht gegeben wurde. Bis dahin waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Reichs- und Staatsbetrieben geradezu miserabel. Wer sich einen Begriff davon machen will, wie unsere Kollegen in der Vorkriegszeit behandelt wurden, dem ist zu empfehlen, das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Preußens vom Jahre 1907 zu lesen. Dort hat kein Geringerer als Karl Legien über „Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen“ referiert und dabei festgestellt, daß der Durchschnittslohn aller Arbeiterkategorien (die Eisenbahner waren damals noch Staatsarbeiter) 2,89 Mk. pro Tag betrug. Nach 20jähriger Beschäftigung erhielten die Beamten und Arbeiter bei Wohlverhalten ein Geschenk von 20 Mk.

Als besonderes Entgegenkommen seitens der Verwaltung wurden ihre Briefschaften, soweit sie Vereinsangelegenheiten betrafen, unentgeltlich befördert. In einer Arbeitsordnung wurde gesagt:

„Die hierunter fallenden Arbeiter haben keinen Anspruch auf Vergütung geleisteter Ueberstunden; inwieweit ihnen eine solche ausnahmsweise gewährt werden kann, bestimmt die Eisenbahndirektion.“

Als einmal im Landtag über die Frage des Koalitionsrechts der Staatsarbeiter gesprochen wurde, sagte der damalige Eisenbahnminister Budde: „Solange ich da bin, verlange ich, Herr im Hause zu sein!“

Besser ist es auch in den übrigen Verwaltungen nicht gewesen.

Die Diskussion, die sich an jenes Referat des Genossen Legien angeschlossen, erbrachte erschütterndes Material darüber, wie es zu damaliger Zeit in den preußischen Staatsverwaltungen aussah.

Der 9. November 1918 hat mit diesen Zuständen aufgeräumt. Jetzt waren auch die Reichs- und Staatsarbeiter gleichberechtigt, jetzt konnten sie auch ihrer gewerkschaftlichen Organisation beitreten und mit deren Hilfe ihre wirtschaftliche Lage bessern. Tarifvertraglich festgelegt erhalten heute die Arbeiter in allen Reichs- und Staatsbetrieben Urlaub bis zu drei Wochen und darüber; Lohnfortzahlungen in Krankheitsfällen bis zu 26 Wochen; eine Zusatzversorgungsanstalt wurde geschaffen, aus der die Arbeiter — wenn sie nicht mehr arbeiten können — zu ihren reichsgesetzlichen Leistungen noch Zuschüsse erhalten, die ihnen wenigstens einen halbwegs angenehmen Lebensabend ermöglichen. Endgültig vorüber ist die Zeit, wo die Arbeiter als Bittende zu ihren Vorgesetzten kommen mußten, wenn sie einmal ein paar Pfennige Lohnerhöhung oder ein paar Stunden Urlaub haben wollten. Das Betriebsrätegesetz gibt ihnen die Möglichkeit, die Interessenvertretungen der Belegschaften bei der Verwaltung wahrzunehmen. Entscheidungen, in den letzten Jahren durch die Arbeitsgerichte herbeigeführt — die auch

eine Errungenschaft der Nachkriegszeit sind —, haben Hunderte von Kollegen vor willkürlicher Entlassung geschützt oder ihnen sonstige materielle Vorteile gebracht.

Kurz gesagt: Die Miesmacher, die leider auch heute noch in größerer Zahl in unseren Reihen vorhanden sind, haben Unrecht, wenn sie behaupten, daß alles beim alten geblieben sei. Es kann diesen Leuten nicht oft genug gesagt werden: Entweder ihr wißt nicht, wie es früher gewesen ist, dann sagt ihr ohne besseres Wissen die Unwahrheit, oder ihr habt die Absicht, mit eurer Miesmacherei der Kollegenschaft die Organisationszugehörigkeit zu verwehren.

Gewiß, die gegenwärtigen Zeiten sind nicht schön. Die Sparmaßnahmen der Reichsregierung mit ihrer verfehlten Lohn- und Gehaltsabbaupolitik haben auch unsere Kollegenschaft in den Reichs- und Staatsbetrieben ganz empfindlich getroffen.

**Sollen wir aber deswegen die Köpfe hängen lassen?**

Haben wir in den bald 14 Jahren gewerkschaftlicher Organisationszugehörigkeit nicht so viel gelernt, daß es in diesem gewaltigen Ringen um eine bessere Wirtschaftsordnung ein Auf und Ab, Sieg und Niederlage gibt. Es ist müßig, heute darüber zu rechten, ob das die letzte Krise des Kapitalismus ist. Es genügt zu wissen und davon überzeugt zu sein, daß die jetzige Krise das kapitalistische Wirtschaftssystem an allen Ecken und Enden der Welt so gewaltig durcheinander schüttelt wie nie zuvor.

Fest steht, daß Leute, die es vor einigen Jahren noch weit von sich gewiesen hätten, auch nur im entferntesten daran zu glauben, daß aus diesem Jammerdasein der kapitalistischen Wirtschaft heraus ein besseres Wirtschaftssystem wachsen müsse, heute bereits beginnen, sich mit diesem Gedanken vertraut zu machen. Wann der Kampf um eine sozialistische Wirtschaftsordnung endgültig ausgekämpft wird, ob heute, morgen oder erst in zehn Jahren, vermag noch niemand zu sagen. Was wir aber bestimmt wissen, ist — daß wir uns im Kriegszustand mit der kapitalistischen Welt befinden, und daß wir unsere Truppen stets marschbereit halten müssen. Jeder Tag kann uns vor große Aufgaben stellen.

Darüber hinaus aber gibt es im täglichen Kleinkampf für jedes einzelne Mitglied, für unsere Betriebsfunktionäre und Vertrauensleute, für unsere Betriebsratsmitglieder Arbeit in Hülle und Fülle.

**Sorgt dafür, daß eure Tarifverträge richtig eingehalten werden.**

**Habt mehr Mut euren Vorgesetzten gegenüber.**

**Wahret eure Rechte aus dem Betriebsrätegesetz.**

**Klärt die Indifferenten auf und führt sie unserer Organisation zu!**

Auch die Kollegenschaft in den Reichs- und Staatsbetrieben muß sich darüber klar sein: Wollen wir durch diese fürchterliche Wirtschaftskrise hindurch und zu einem wirtschaftlichen Aufstieg kommen, dann müssen alle Mann an Bord!

**Die Reichsabteilung B.**

**David Stetter.**

## Sitzung des Hauptbetriebsrates im Bereiche des Reichswehrministeriums

Die Vollversammlung des Hauptbetriebsrats am 18. und 19. Februar nahm zunächst den Geschäftsbericht entgegen. Erschwert wurde die Tätigkeit des Geschäftsführenden Ausschusses durch das unverkennbare Bestreben des Reichswehrministeriums, die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, bei gleichzeitiger schärfster Ausnutzung der Arbeitskraft jedes einzelnen, auf ein Mindestmaß herabzudrücken, um so die Personalausgaben nach Möglichkeit zu verringern. Diese Auffassung gewann auch die Versammlung durch die Aussprache zu einigen im Jahre 1931 herausgegebenen Erlassen, die eine planmäßige Herabsetzung der Beschäftigtenzahl bezweckten.

Im einzelnen hatte sich die Tagung mit folgenden Fragen zu befassen: Seit fast drei Jahren bemüht sich der Hauptbetriebsrat, für die im Bereich der Heeres- und Marineverwaltung beschäftigten Arbeiter eine in den wesentlichsten Teilen für alle Betriebe geltende gemeinsame Arbeitsordnung zustande zu bringen. Leider ist das bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen. Nachdem die Marineleitung ihren ablehnenden Standpunkt nach langem Widerstreben endlich aufgegeben hatte, legte das Reichswehrministerium einen von ihm ausgearbeiteten Entwurf dem Hauptbetriebsrat zur Stellungnahme vor. Dieser Entwurf enthielt aber zum Teil für die Arbeiter ganz unannehmbare Bestimmungen. Abänderungsvorschläge, die der Vorsitzende des Hauptbetriebsrats daraufhin dem Reichswehrministerium überreichte, fanden auch in einem zweiten Entwurf so gut wie keine Berücksichtigung. Hiernach sah sich der Hauptbetriebsrat genötigt, den Vertretern des Reichswehrministeriums zu erklären, daß, wenn das Reichswehrministerium nicht bereit ist, weitgehende Verbesserungen an dem zuletzt vorgelegten Entwurf vorzunehmen, der Hauptbetriebsrat die Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer generellen Arbeitsordnung ablehnen müßte.

Die Vertreter des Reichswehrministeriums waren nun bereit, durch Aufnahme mündlicher Verhandlungen den Versuch zu machen, zu einer Einigung zu kommen. Die Tatsache, daß in einigen Betriebsdienststellen die Arbeitszeit immer noch über 48 Stunden hinausgeht, gab Veranlassung, das Reichswehrministerium zu ersuchen, diesen Zustand durch Herabsetzung auf 48 Stunden bei entsprechenden Neueinstellungen zu beseitigen. Eine Prüfung, inwieweit das letztere möglich ist, soll erfolgen.

Seit Anfang 1931 schwebt eine Streitfrage zwischen der Marineleitung und dem Gesamtverband, die dadurch verursacht wurde, daß die Marinewedepotinspektion Wilhelmshaven sich berechtigt fühlte, die Einteilung der täglichen Arbeitszeit in den ihr unterstellten Dienststellen durch eine Verfügung eigenmächtig anzurorden. Die Arbeitervertretungen wurden dadurch bei Behandlung dieser wichtigen Fragen hintenangestellt. Die gegen dieses Verfahren von unserer Organisationsleitung erhobene Beschwerde hat die Marineleitung so hinziehend behandelt, daß dieser Zustand zurzeit noch fortbesteht. Kollege Römer nahm Gelegenheit, gegen diese Art und Weise, wie begründete Beschwerden von der Marineleitung behandelt werden, Verwahrung einzulegen. Der Vertreter der Marineleitung sagte nunmehr baldigste Erledigung der Angelegenheit zu.

Eine von der Marineleitung im Juli 1931 herausgegebene Verfügung, betreffend Benutzung der Arbeitsnachweise, unter Berücksichtigung des § 31 TAR, und im Zusammenhang damit, die Einstellung von Versorgungsanwärtern in Arbeiterstellen, gab dem Hauptbetriebsrat Veranlassung, diese immer wiederkehrende Streitfrage, die durch die Verfügung noch verschärft wurde, zum Gegenstand eines Teiles der Tagesordnung zu machen. Nach der erwähnten Verfügung mußten sich alle Marinewedienststellen geradezu für verpflichtet halten, alle freiwerdenden Arbeiterstellen mit Versorgungsanwärtern zu besetzen und hiernach ist — wie nicht anders zu erwarten war — gehandelt worden zum Nachteil arbeitsloser Reichs- und Staatsarbeiter. Auch hier war es Kollege Römer, der den Vertreter der Marineleitung nachdrücklich auf das tarifwidrige Verhalten, das aus der Verfügung spricht, hinwies und dringend um eine baldige Aenderung des bestehenden Zustandes ersuchte, andernfalls dem Arbeitsgericht die Sache zur Entscheidung vorgelegt werden müßte.

Der Vertreter der Marineleitung versuchte zu beweisen, daß die Einstellungsbestimmungen im TAR, nicht verletzt worden wären, mußte sich an Hand der vorgetragenen Fälle aber doch dazu bereit erklären, eine Aenderung der Verfügung in Aussicht zu stellen.

Kollege D w a r s, als Vertreter der Marineleiter, erhob Einwendungen dagegen, daß mit Prüfungsaufgaben beauftragte Beamte des Reichswehrministeriums und des Reichswehrsparkommissars bei der Herstellung von Mienen und Arbeiten mit offener Munition durch Anordnungen in den Arbeitsprozeß eingreifen, um die Dauer der einzelnen Arbeitsgänge zu verringern. Da durch derartige Anordnungen Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs äußerste gefährdet würden, sei es unbedingt nötig, dafür zu sorgen, daß das Recht zu Anordnungen bei Arbeiten mit scharfer Munition nur den dazu berechtigten aufsichtsführenden Beamten vorbehalten bleibt.

Der Vertreter der Marineleitung versprach festzustellen, ob den bestehenden Vorschriften für die Herstellung von Munition zuwidergehandelt worden ist.

Ein Erlass des Reichswehrministeriums vom 21. Oktober 1931 — von einschneidender Bedeutung für die in den Bekleidungsanstaltswerkstätten der Truppen beschäftigten Handwerker — war gleichfalls Gegenstand der Verhandlungen. Dieser Erlass, der bereits in Nr. 4 „Öffentlicher Dienst“ mit einer Erläuterung abgedruckt wurde, bestimmt in seinem wesentlichen Teil, daß die Herabsetzung der Handwerkerzahl nach einem bestimmten Maßstab der zu versorgenden Kopfzahl der Soldaten anzustreben ist. Auch hierzu nahm der Hauptbetriebsrat Stellung und erhob die schwersten Bedenken gegen die durch die in Ziffer 2 des Erlasses bedingten Maßnahmen. Das Arbeitspensum, das hier von dem einzelnen Handwerker zukünftig verlangt werde, sei mit Rücksicht auf die eingetretene Verkürzung der Arbeitszeit, Vermehrung der Bekleidungsstücke u. a. nicht zu leisten. Insbesondere wurden aber dagegen Bedenken erhoben, daß beabsichtigt ist, durch einen Ergänzungserlass den Inhalt des ersten Erlasses wesentlich zuungunsten der Arbeiter zu verschärfen.

Der Vertreter des Bekleidungsanstaltswesens im Reichswehrministerium stellte diesen Bedenken entgegen, daß das Reichswehrministerium zu einer Verminderung der Handwerkerzahl gezwungen sei, um den dauernden und immer stärker werdenden Angriffen des privaten Bekleidungsgebietes über viel zu teures Wirtschaften in den Truppenfiskalstuben den Boden zu entziehen. Gelingen das nicht, dann sei der Bestand dieser Betriebe in Zukunft noch mehr als bisher gefährdet.

Es steht auch fest, daß zurzeit 21 Infanteriebataillone und eine Anzahl anderer Truppenteile jetzt schon mit der Ziffer 2 des Erlasses vom 21. Oktober 1931 vorgesehenen Handwerkerzahl auskommen. Andererseits — so führte der Vertreter des Reichswehrministeriums aus — werden diese Zahlen bei dem größten Teil der Werkstätten stark überschritten.

Als stärkstes Argument für die Herabsetzung der Handwerkerzahl wurde hervorgehoben, daß durch Vergebung der Instandsetzungsarbeiten in den Standorten Bremen und Oldenburg an private Betriebe eine Verbilligung gegenüber den Arbeiten in den eigenen Betrieben zu verzeichnen sei. Nach diesen Erfahrungen, die jahrelang zurückgehen, müsse das Reichswehrministerium auf die Durchführung der im Erlass aufgestellten Grundsätze bestehen, um den Bestrebungen des privaten Gewerbes entgegenzuwirken.

Die von 14 auf 18 Monate herausgesetzte Tragezeit der Fußbekleidung habe in Wirklichkeit nicht viel zu bedeuten, da Schuhe und Stiefel jetzt schon zwei Jahre und darüber getragen werden. Rechnerisch liegt es bei der Vermehrung der Garnituren. Auch hierin könne nicht ohne weiteres eine Vermehrung der Instandsetzungsarbeiten erblickt werden, weil die ersten Garnituren bestimmungsgemäß nur in seltensten Fällen in Gebrauch genommen werden.

Wenn von Arbeitnehmerseite die Richtigkeit dieser Behauptungen im Augenblick nicht bestritten werden konnte, so wurde doch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß es nicht angehen könne, mit den Sparmaßnahmen immer nur bei den Arbeitnehmern einzugehen. Völlig unerträglich sei es aber, wenn in der jetzigen Zeit, das Arbeitslosenheer, nur um den Wünschen des privaten Bekleidungsgebietes entgegenzukommen, durch Entlassungen noch vermehrt werde.

Ein weiterer Antrag, dafür Sorge zu tragen, daß den Betriebsvertretungen auf Wunsch Aufschluß über die zur Verfügung stehenden Geldmittel für Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angeestellten zu erteilen ist, kann nach den bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete nur als berechtigt angesehen werden. Wird es doch, falls dieser Antrag durchgeht, den Betriebsvertretungen möglich sein, besser als bisher auftretenden Schwierigkeiten begegnen zu können. Dieser Antrag bedarf nach Ansicht des Vertreters des Reichswehrministeriums einer eingehenden Prüfung aller in Betracht kommenden Abteilungen innerhalb des Reichswehrministeriums.

In den letzten Jahren sind im ganzen Bereich des Reichswehrministeriums wiederholt eingehende Prüfungen betreffend die Verminderung des Personals oder andere Maßnahmen, die das Interesse der Arbeitnehmer sehr stark berührten, vorgenommen worden. Die Betriebsvertretungen sind hierbei meistens völlig übergangen worden. Diesem Zustand soll dadurch abgeholfen werden, daß vom Hauptbetriebsrat beantragt worden ist, zukünftig die Betriebsvertretungen mit beratender Stimme zu diesen Prüfungen heranzuziehen. Inwieweit das Reichswehrministerium gewillt ist, diesen berechtigten Wünschen entgegenzukommen, bleibt abzuwarten.

Der Vertreter des Reichswehrministeriums machte bei der Aussprache zu diesem Antrag darauf aufmerksam, daß, soweit es sich um Prüfungen durch den Reichswehrsparkommissar handle, dieser keine Anweisungen vom Reichswehrministerium entgegennehmen werde.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung führte ein weiterer Tagesordnungspunkt, der die Marineleitung vor die Frage stellte, wie sie sich das Zusammenarbeiten mit dem geschäftsführenden Ausschuss nach ihrem bisherigen Verhalten diesem gegenüber denke.

Dieses Verhalten lief darauf hinaus, dem geschäftsführenden Ausschuss so gut wie alle Möglichkeiten zu nehmen, die Interessen der in der Marineverwaltung tätigen Arbeitnehmer zu vertreten, indem wiederholt die Zuständigkeit des geschäftsführenden Ausschusses bei Behandlung wichtiger Fragen bestritten wurde. Diese Aussprache dürfte aber auch hier eine reinigende Wirkung gehabt haben, so daß die Hoffnung berechtigt ist, daß die Versuche der Marineleitung, dem Hauptbetriebsrat das Arbeitsfeld bis zur Unerträglichkeit einzuengen, in Zukunft sich nicht wiederholen.

Mit einem an Hand eines Vorganges vom Kollegen Römer vorgebrachten Wunsch, den in den Lohnzahlungsbestimmungen des TAR. § 35 enthaltenen Begriff „größere Dienststellen“ im Interesse der Arbeitnehmer möglichst weitherzig durch das Reichswehrministerium auslegen zu wollen, schloß die Tagung.

## GAS ♦ ELEKTRIZITÄT ♦ WASSER

Messer, Schlagringe, Stuhlbeine und Bierseidel, die Agitationsmittel der Nazis zur Eroberung der öffentlichen Betriebe. Nach der Riesenkundgebung der Bewag-Arbeiter in Berlin für die Eiserne Front am 17. Februar versetzte das Nazigefindel mehrere Tage lang das Verwaltungsgebäude Schiffbauerdamm in eine Art Belagerungszustand. Trupps bis zu 40 Hakenkreuzern sammelten sich an und versuchten, ihre Zettelchen loszuwerden. Dabei wurden die Pförtner in der größtenteils Art beschimpft und tödlich angegriffen. Die Arbeiter, die achtlos an den Rowdys vorbeigingen und die Zettel nicht abnahmen, wurden ebenfalls tödlich angegriffen und beschimpft. Die Hauptaktion wurde in der Versammlung am 25. Februar vollbracht. Diese war für die Bewag-Betriebe einberufen mit der Tagesordnung: „Der Verrat der Gewerkschaften. Was bringt uns der neue Tarif?“ Die Einladung war unterzeichnet von der Sektion Stettiner Bahnhof der National-„Sozialistischen“ Partei. Da manche Kollegen ein Interesse daran hatten, zu hören, worin der Verrat der Gewerkschaften bestehen soll, waren etwa 150 Mann der Belegschaft erschienen. Von den betriebsfremden Nazis waren etwa 40 Mann anwesend. Als der Referent erklärte, wer seine Worte nicht anhören wolle, der solle das Lokal verlassen, und der Versammlungsleiter, ebenfalls ein Betriebsfremder, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen drohte, begannen die Versammlungsteilnehmer, soweit sie zur Bewag gehörten, das Lokal zu verlassen. Beim Verlassen des Versammlungsraumes zeigte es sich, daß die Nazis alles zum Angriff vorbereitet hatten. Denn die Bewag-Angehörigen mußten ein von Nazis gebildetes Spalier passieren. Ein Faustschlag, den ein Kollege erhielt, und ein Pfiff waren das Zeichen zum Angriff. Obgleich im eigentlichen Versammlungsraum von den Kollegen nichts verzehrt worden war, flogen plötzlich Bierseidel nach vorn. Ebenso wurde mit Stühlen gearbeitet. Die Schaufensterscheibe des Lokals wurde nicht von außen, sondern durch ein von innen geworfenes Bierseidel zertrümmert. Die Glascherben flogen mit dem Bierglas auf die Straße. Ein auf der Straße stehender Kollege der Bewag wurde durch das Bierglas an der Hand getroffen und verletzt. Ein im Lokal anwesender Nazi rief telephonisch Verstärkung herbei. Nach Verlassen des Lokals zeigte sich, daß verschiedene Hausflure der umliegenden Häuser mit Stoßtrupps gefüllt waren. Die die Versammlung verlassenden Kollegen wurden weiter von den Nazis mit Messern, Schlagringen usw. bearbeitet. Natürlich setzten sich die Angegriffenen zur Wehr. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. — Adolf Hitler, der Chef der Banden, die nach der Methode: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“ arbeiten, verlangt jetzt vom Reichspräsidenten, daß der Wahlkampf gegen ihn ritterlich geführt wird. Die Ritterlichkeit der Nazis zeigt sich an diesem Bilde.

## Aus unserer Bewegung

**Hamburg.** In der Generalversammlung der Abteilungen A und B, in denen die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe, die preußischen Verwaltungsarbeiter, die Gärtner, Feuerwehr und die Friseure zusammengeschlossen sind, gab Kollege Amlung den Geschäftsbericht. Besonders schwer wirkte sich die Krise aus in den Entlassungen von Tausenden von Kollegen aus den Staatsbetrieben. Eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit bei stark geschwächtem Lohn war nicht möglich, die Entlassungen würden hierdurch auch kaum aufgehalten. Zur Durchführung der von der RGO. aufgestellten Forderung, 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und keine Entlassungen, bedarf es aber nicht nur der großen Worte, sondern auch der hierzu nötigen Machtverhältnisse. Unsinnig ist auch die

Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Nachuntersuchung der Entlassungen in den Staatsbetrieben. Der Einheitsfront von Hakenkreuz und Sowjetstern in dem Untersuchungsausschuss geht es nicht darum, dem einzelnen Arbeiter zu helfen, sondern man will unseren starken Einfluß in den Betrieben brechen, unsere Bewegung unterminieren, die ehrlich handelnden Betriebsräte diffamieren und diesen ihre Tätigkeit verwehren. Hierzu schreckt man vor den schäbigsten Mitteln nicht zurück. Die Staatsarbeiterschaft wird sich die Haltung und Handlungen dieser sogenannten Arbeiterparteien merken und auch für die Zukunft ihre Schlussfolgerungen daraus ziehen. Fest steht, daß hinter den zu Unrecht angegriffenen Betriebsräten die gesamte Staatsarbeiterschaft und deren Gewerkschaft steht und diese gegen alles zu schützen wissen wird, ganz gleich was kommt. Mit allen Mitteln wird von den Gegnern gegen die öffentliche Wirtschaft, vor allem gegen die Regiebetriebe, Sturm gelaufen. Wir haben uns hiergegen bisher mit Erfolg gewehrt und werden dies auch in Zukunft tun, ganz gleich von welcher Seite her die Angriffe erfolgen. Dasselbe trifft zu für den freiwilligen Arbeitsdienst, der einerseits nur der Uebergang der vom Dritten Reich gewünschten Arbeitsdienstpflicht ist, andererseits alle Staatsarbeiten zu zusätzlichen Arbeiten machen möchte, das die Ausschaltung der Staatsarbeiter bedeutet. Vorzüglich war auch die Zusammenarbeit der Gruppen in den Abteilungen und die Arbeit der Funktionäre in allen Körperchaften. — In der Diskussion anerkannte Kollege Heinrich Stahmer die unermüdete und umfangreiche Tätigkeit der Organisation, die auch im verflossenen Jahre alles Erreichbare für die Kollegenschaft getan hat. Die versprochene Preisenkung ist bis jetzt nicht erfolgt. Zu fordern ist Hebung der Kaufkraft der breiten Massen, nur so werden wir wieder aus der Krise herauskommen. Neben dem Kampf um höhere Löhne muß der Kampf um Arbeitsbeschaffung einsehen. Gegen die Uebernahme von Staatsarbeiten durch Privatunternehmer müssen wir uns mit allen Mitteln wehren. Der freiwillige Arbeitsdienst ist abzulehnen, er ist ein Produkt der faschistischen Verbände zu faschistischen Zwecken. Die Betriebsräte haben richtig gehandelt. Sollten diese politisch gemäßigter werden, so wird die Organisation mit Unterstützung der gesamten Mitgliedschaft die Kollegen zu schützen wissen. — Nachdem Amlung noch einmal gesprochen, stellte Kollege Rabe den Antrag, mit der Abstimmung über den Vertrauensantrag gleichzeitig die bisherige Abteilungsleitung, die Mitglieder der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission als neu gewählt zu betrachten und für den ausscheidenden Kollegen Busch des Bezirks Harburg den Kollegen Inselmann zu wählen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — In seinem Schlusswort stellte Amlung noch einmal die feste Geschlossenheit der gesamten Kollegenschaft fest. Nichts wird diese Einheit zerstören und die Bewegung vernichten können, wenn wir uns weiterhin selber treu bleiben. Wenn die Anhänger des Dritten Reichs die gewaltsame Auseinandersetzung wollen, wofür wir sind bereit und werden unseren Mann stehen! Unsere Arbeit liegt auf demokratischem Boden. Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Demokratie und die freie Gewerkschaftsbewegung fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

## RUNDSCHAU

**Tod durch Müll.** Durch die deutsche Tagespresse ging unlängst eine Mitteilung, daß zwei Fuhrparkarbeiter von Kopenhagen dadurch ums Leben gekommen seien, weil sie aus Likörfaschen getrunken hätten, die auf dem Müllplatz lagen. Unsere dänische Bruderorganisation teilt uns dazu folgendes mit:

„Es ist richtig, daß ein Müllfischer und zwei weitere Einwohner von Kopenhagen, die auf dem Müllabladepfah nach Altmaterial suchten, durch den Genuß von Flüssigkeiten, die sich in einigen im Müll aufgefundenen Flaschen befanden, zu Schaden gekommen sind. Der Müllfischer ist gestorben; die beiden übrigen Einwohner haben schwere Folgen davongetragen. Der Inhalt der Flaschen bestand aus Rhubarberwein und Mirabandl, ein Stoff, der zur Herstellung von Schuhfarbe benutzt wird und sehr giftig ist. Jemande, der Giftigkeit konnte der Stadt bzw. Betriebsleitung nicht nachgewiesen werden.“

Wir müssen aus dem Vorgang zwei Lehren ziehen: 1. Alle von anderen Personen als Müll fortgeworfenen Gegenstände sind keineswegs zunutz zu machen, weil damit ständig eine hohe Krankheitsgefahr verbunden ist. 2. Dafür einzutreten, daß Unbefugten der Zutritt zu Müllabladepfahen unter allen Umständen verwehrt wird, weil durch das Herumsuchen in den Müllhaufen ebenfalls für die Betroffenen und für weitere Kreise schwere gesundheitliche Schäden entstehen können. — Unsere Reichsfachgruppenleitung Kammerebetriebe wird diesen Fall den in Frage kommenden behördlichen Stellen in Deutschland bekanntgeben und sie ersuchen, daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

# GÄRTNEREI-PARK-FRIEDHOF

## Mißachtung der Gesetze durch die Sächsische Fachkammer

Das „Sächsische Gärtnerblatt“ vom 1. Januar 1932 bringt mit seinen Bekanntmachungen über die neue Lehrlingsordnung und die Schlichtung von Lehrlingsstreitigkeiten wieder einmal Schulbeispiele von der Verdrehungskunst der Fachkammer und zugleich Rechtsbeugungen krasser Art. Der Rechtsweg wird ohne weiteres verlassen, weil die Fachkammer dies im Interesse der Arbeitgeber für gegeben erachtet, und ganz einfach werden Beschlüsse der Fachkammer als amtliche Handlung bekanntgegeben.

Es bestehen seit 1929 zwischen der Fachkammer und dem Ausschuß für Arbeitnehmerwesen Differenzen über den Abschnitt IV der Sächsischen Lehrlingsordnung, und seit 1930 auch solche über die Entschädigungssätze für Lehrlinge, die nicht in Kost und Logis beim Lehrherrn stehen. Im Oktober 1931 wurde nun diese Lehrlingsordnung einer erneuten Umarbeitung unterzogen, um, mit den Worten der Fachkammer zu sprechen, „die Fassung vom 1. Januar 1929 zu ergänzen, indem nachträglich gefasste Beschlüsse und Erfahrungen aus der praktischen Anwendung hineingearbeitet und Unklarheiten beseitigt werden“. In dem Abschnitt IV der Lehrlingsordnung ist nun die Ueberwachung des Lehrlingswesens geregelt und auch ein Schiedsverfahren zur Regelung von Lehrlingsstreitigkeiten festgelegt, das erhebliche Unklarheiten aufwies. Darum wurde von uns verlangt, daß gemäß den Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes und dessen zwingenden Rechtsvorschriften nach den §§ 2, 91 bis 100, 101 bis 105 und gegebenenfalls auch unter grundsätzlicher Anwendung der Bestimmungen nach § 111 des gleichen Gesetzes eine einwandfreie Rechtsform geschaffen werde. Nach § 91 dieses Gesetzes kann der ordentliche Rechtsweg bei Arbeitsstreitigkeiten nur durch tarifliche Vereinbarungen ausgeschlossen werden. — Zunächst weigerten sich die Vertreter der Arbeitgeber, auf diesem Rechtsboden eine Vereinbarung zu schließen, schützten Nichtwissen vor und wollten durch die Fachkammer Rechtsauskunft einholen. Als das geschehen, teilte die Fachkammer mit, daß sie auf Grund der Auskunft bereit sei, das Wort „Schiedsgericht“ durch das Wort „Schiedsstelle“ zu ersetzen. Natürlich lehnten die Arbeitnehmervertreter diesen Vorschlag als nicht weitgehend genug ab und beharrten auf ihrer Forderung. Die Fachkammer aber setzte sich sowohl über unbequeme Rechtsbegriffe als auch über alle Gepflogenheiten der Verhandlungsführung hinweg und beschloß mit der ihr sicheren Mehrheit, gegen die zwingenden Vorschriften des § 91 des Arbeitsgerichtsgesetzes Einrichtung einer Schiedsstelle mit der Maßgabe, daß der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen ist, bis diese Schiedsstelle entschieden hat. Die entstehenden Kosten dieser Schiedsstelle soll der verlierende Teil tragen und nur im Vergleichsfall will die Fachkammer einen Teil der Kosten übernehmen.

Als ärgster Hohn muß es wirken, wenn weiter beschlossen wurde, daß der „unparteiische Vorsitzende“ stets nur ein Mitglied der Sächsischen Fachkammer zu sein hat. Diese Schiedsstelle also soll „Recht sprechen“ unter einem „unparteiischen“ Vorsitzenden aus den Reihen der gleichen Herren, die sich bedenkenlos über bestehendes Recht hinwegsetzen. Dieser Streich der Fachkammer läßt sich nur noch aus Mangel an moralischem Ehrgefühl erklären.

In der gleichen Nummer des „Sächsischen Gärtnerblattes“ werden die Unternehmer von der Fachkammer amtlich aufgefordert, unter dem Kennwort „Lehrlingswesen und Tarifverträge“, künftig Entschädigungssätze für Lehrlinge, die nicht in Kost und Logis beim Lehrherrn stehen, nicht mehr im Tarifvertrag zu vereinbaren, weil die Festsetzung dieser Sätze der Fachkammer obliege, und zwar auf Grund der Lehrlingsordnung und des Tarifvertrages für den sächsischen Erwerbsgartenbau. Von Arbeitnehmerseite ist der Fachkammer seit Jahren dieses Recht stets bestritten worden. Auf eine ähnliche Notiz im Jahre 1929 schon wurde ihr seitens unserer Dresdener Bezirksverwaltung eine Berichtigung zugesandt, deren Veröffentlichung sie aber ablehnte mit der Begründung, es entstünde dadurch ein Meinungsstreit im „Sächsischen Gärtnerblatt“, den sie verhüten müßte. — In der Sitzung des Ausschusses für Arbeitnehmerwesen wurde die Fachkammer von uns ebenfalls darauf verwiesen, daß Lohnregelungen laut Landwirtschaftskammergesetz, nach § 4 Abs. 2 und § 29 Abs. 2 nicht zum Aufgabenkreis der Fachkammer gehören und auch dem Ausschuß für

Arbeitnehmerwesen durch § 17 Abs. 2 des gleichen Gesetzes entzogen sind. Auch die Schlichtungsausschüsse und der Schlichter für Sachsen haben diese Angelegenheit im Sinne der Arbeitnehmer entschieden. Trotz alledem heßt die Fachkammer die Arbeitgeber gegen die Organisation der Arbeitnehmer auf. Welchen Zweck verfolgt sie eigentlich mit dieser Notiz? Ist es lediglich der Machtikei, den Arbeitnehmern Rechte schmälern zu können? — Nach außen wird Harmlosigkeit gemimt, erklärt, die ganze Angelegenheit sei bedeutungslos, weil nur wenige Personen in Frage kämen und die tariflichen Vereinbarungen lediglich auf dem Papier ständen. Um diese gewagte Behauptung zu stützen, gibt sie eine zurechtfrisierte Zahlenaufstellung bekannt, die die Tatsachen verkehrt.

Solange die Fachkammer nicht von den hier des öfteren schon gekennzeichneten Methoden abläßt, die Rechte der gärtnerischen Arbeitnehmer bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu verkümmern und zu beschneiden, unter Mißachtung der Gesetze, werden wir ihre Mittelstufen in der gebührenden Form an die Öffentlichkeit ziehen. Dabei muß auch der „Ton“ so gewählt werden, daß alle, die es angeht, die Dinge und Absichten voll und ganz erkennen. Ein rauher aber ehrlicher Ton wird auch außerhalb unserer Mitgliedschaft gegenüber den scheinheiligen, ungerechten und unrechtmäßigen Verdrehungen der Sächsischen Fachkammer verstanden, beachtet und geachtet werden.

## Anschläge der Kölner Gartenbauern abgewiesen

Dem Landesverband Rheinland und der Bezirksgruppe Köln im RddG. war dem Oberbürgermeister der Stadt Köln folgender Antrag unterbreitet worden:

- die städtischen Gärtnereibetriebe auf den Kommunalfriedhöfen Melaten, West, Köln-Süd, Köln-Nord, Deutz, Raik, Rülheim und auf allen sonstigen Friedhöfen, die sich im Besitze der Stadt Köln befinden, zu schließen,
- sämtliche gärtnerischen Arbeiten, die von diesen Betrieben für Rechnung Dritter gegen Entgelt ausgeführt werden, einzustellen und Arbeiten aus lausenden, vertraglichen Verpflichtungen an ortsanfällige, geeignete Erwerbsgärtner zu übertragen,
- jeglichen Verkauf von Blumen, Pflanzen, Blumengebinden (Kränzen und dergleichen) sowie das Gestellen von gärtnerischen Dekorationen in den Leichenhallen und an den Gräbern durch die Friedhöfe, Garten- oder irgendeine andere Verwaltungsstelle oder deren beauftragte Personen sofort einzustellen.

Begründend war gesagt, die außerordentliche Notlage der durch die Bezirksgruppe vertretenen Erwerbsgärtner zwingt dazu, diesen Anträgen so schnell wie möglich zu entsprechen. Diese angebliche außerordentliche Notlage wurde durch einen ausführlichen Schriftsatz des Betriebsrates u. a. an zwei Beispielen illustriert: Gegenüber dem Eingang zum Westfriedhof, also auf teuerstem Grund und Boden, hat ein Gärtnereibesitzer, der seit 1919 seinen Betrieb modern aufbauen und einrichten konnte, erst noch im Oktober 1931 eine Verkaufshalle im Werte von 4500 Mk. errichten lassen. Ein anderer Gärtnereibesitzer am Westfriedhof erbaute sich im Jahre 1930 ein stattliches Wohnhaus. Seine Kinder genießen, sämtlich auswärts lebend, eine sehr kostspielige Ausbildung. Gewiß Bilder einer außerordentlichen Notlage! — Die weiteren schlagkräftigen Argumente in der Eingabe des Betriebsrates haben dann auch bestens dazu beigetragen, daß die Anträge der Unternehmer abgelehnt wurden.

## Botanischer Garten Stuttgart in Gefahr

Es besteht die Gefahr, daß der Botanische Garten in Stuttgart stillgelegt wird. Er ist der Technischen Hochschule angegliedert, die Professor für Botanik soll aber aufgehoben bzw. an die Universität Tübingen verlegt werden. Das Staatsrentamt aber, dem die Schlossgartenanlagen und die „Wilhelma“ unterstehen, will den Botanischen Garten nicht übernehmen. — In dieser Situation nahm unsere Stuttgarter Fachgruppe in stark besuchter Versammlung zu der Angelegenheit Stellung. In einer Entschließung wird erklärt: „Dem gärtnerischen Nachwuchs würde durch die Aufhebung des Botanischen Gartens eine unerföhrliche Bildungsmöglichkeit genommen, deren Wert besonders in dem letzten Jahrzehnt erkannt, beachtet und geschätzt wurde. Die Versammlung erwartet daher, daß der Botanische Garten in einer Form erhalten bleibt, durch die die fachlichen Interessen und die Förderung der gärtnerischen Berufsausbildung erhalten und gesichert sind, und ersucht das Kultusministerium, für eine entsprechende Erhaltung des Botanischen Gartens Sorge zu tragen und einzutreten.“

Auch seitens der Schulbehörden sind gleichgerichtete Bestrebungen im Gange.

## Schlagt Hitler!

Der Versuch der Rechten, im Reichstag die Regierungsgewalt zu erobern, ist gescheitert. Ihren Ansturm auf die Reichspräsidentenschaft abzuschlagen ist die nächste Aufgabe. Vier Kandidaten stehen am 13. März zur Wahl: Hitler, Duesterberg, Hindenburg und Thälmann. Von diesen Bewerbungen sind nur zwei ernst: Hitler und Hindenburg. Das deutsche Volk steht am 13. März vor der Frage, ob Hindenburg bleiben oder ob er durch Hitler ersetzt werden soll. Die Rechte hat vor sieben Jahren Hindenburg auf den Schild gehoben. Sie hoffte, er würde sein Amt parteiisch zu ihren Gunsten führen, seinen Eid verlegen und die Verfassung brechen. Es war selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten einen Bewerber, auf den unsere schlimmsten Feinde solche Hoffnungen setzten, entschieden bekämpften. Hindenburg aber hat seine einstigen Anhänger enttäuscht. Weil er unparteiisch war und es bleiben will, weil er für einen Staatsreich nicht zu haben ist, darum wollen sie ihn jetzt beiseiten.

Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, äußerste Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosennot, höchste Gefahr blutiger Auseinandersetzungen im eigenen Volke und mit dem Ausland.

Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Sieg des reaktionärsten Teils der Bourgeoisie über die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und über die Arbeiterklasse, Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse, der politischen, gewerkschaftlichen und Kulturorganisationen, verschärfte Ausbeutung und Lohnsklaverei.

**Gegen Hitler! Das ist die Lösung des 13. März.**

**Es gibt kein Ausweichen!**

Die Sozialdemokratische Partei will die Klarheit dieser Entscheidung nicht verdunkeln. Darum hat sie auf die Aufstellung einer Zählkandidatur im ersten Wahlgang verzichtet. Zum Zählen der Stimmen ist bei den nahen Wahlen zu den Länderparlamenten Gelegenheit genug. Bei Parlamentswahlen gilt jede Stimme. Bei der Reichspräsidentenwahl dagegen fällt jede Stimme ins Leere, die für einen Zählkandidaten abgegeben wird.

**Hitler oder Hindenburg? Es gibt kein Drittes!**

Parteigenossen! Für euch, die ihr politisch geschult seid, ergibt sich die Antwort auf diese Frage von selbst. Außerhalb unserer großen Organisation stehen aber gewaltige Massen, die noch der Aufklärung und der Aufrüttelung bedürfen. Auf sie kommt es an.

**Diesen Massen Führer zu sein, ist jetzt eure Aufgabe!**

**Jede Stimme, die gegen Hindenburg abgegeben wird, ist eine Stimme für Hitler.**

**Jede Stimme, die Thälmann entziehen und Hindenburg zugeführt wird, ist ein Schlag gegen Hitler!**

Die Kommunisten, die für Thälmann werben, tun damit dasselbe, wie am 9. August vergangenen Jahres, als sie mit Hitlers SA und Duesterbergs Stahlhelm gegen Otto Braun und Seering zum Volksentscheid antraten. Sie kämpfen für den reaktionärsten Teil der Bourgeoisie, gegen die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und gegen die Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie aber hat stets bei allen inneren Kämpfen des Bürgertums für den fortgeschrittenen oder gemäßigten Teil Partei genommen und ihren Angriff gegen die Reaktion gerichtet.

**Jetzt geht es um alles.**

**Sieg des Faschismus ist namenlose Schande, unabsehbares Unheil. Das darf nicht sein!**

Parteigenossen! Haltet die Augen offen, schüht euch vor Ueberraschungen, die eintreten können, wenn der Faschismus erkennt, daß er seine Ziele auf legalen Wegen nicht erreichen kann! Steht fest zur Eisernen Front!

Seht alle eure Kräfte ein, damit der entscheidende Schlag schon im ersten Wahlgang fällt! Befreit mit diesem einen Schlag das deutsche Volk von der faschistischen Bedrohung!

**Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!**

**Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

## Für die Frauen

**Hier zur Eisernen Front!**

Frauen, wir rufen euch! Reiht euch ein in die Kampffront gegen den Faschismus, unterstützt die Formationen der Eisernen Front. Frauen, eure Rechte als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen sind durch die nationalsozialistischen Bürgerkriegsorden bedroht. Darum, ihr Frauen und Mütter, ihr Arbeiterinnen und Angestellte, ihr sozialistischen Sportlerinnen: Reiht euch ein, kämpft mit in dem großen Entscheidungskampf, der den Weg freimachen soll zum Kampf um Frieden, Arbeit und Brot.

Der harte Kampf ums Dasein verschont auch die Frauen nicht. Wir erleben ihn als Arbeiterinnen, die unzureichend entlohnt werden.

Wir erleben ihn als Kolleginnen unserer Arbeitsgenossen, denen die schlechtbezahlte Frauenarbeit dauernde Gefahr bedeutet.

Wir erleben ihn als Arbeitslose mit niedriger Unterstützung.

Wir erleben ihn als Gattinnen und Mütter, die sich verzehren in Sorgen und Bangen um ihren Mann und um ihre Kinder.

Wir erleben ihn als Hausfrauen, die mit wenigen Pfennigen die Ausgaben des Haushaltes bestreiten sollen und die verzweifelt vor gefüllten Läden stehen mit ihren Gedanken an unterernährte und hungernde Angehörige zu Hause, an kalte Oefen, an Mann und Kinder ohne ganzes Schuhwerk, ohne warme Kleidung, ohne Freude und ohne Hoffnung.

Diktatur und Gewaltherrschaft führen uns nicht heraus aus dem Elend.

Das Geschehen nach Diktatur und Gewaltherrschaft hat die Arbeitslosigkeit und die Volksnot vergrößert. Sie wird weiter steigen, und steigern wird sich Not und Verzweiflung, wenn wir uns nicht aufraffen zu dem Willen, den Volksverderbern zuzurufen zu können: Wir haben es satt! Finwea mit euch!

**Die Eisernen Front ruft nach Helfern und Helferinnen.**

**Wir unterstützen den Ruf an die Frauen: Kämpft gemeinsam mit den Männern gegen den Faschismus!**

Unterstützt die Bestrebungen der Eisernen Front durch Propaganda in den Betrieben, in der Familie und in den Reihen eurer Bekannten und Freunde. Unterstützt, soweit ihr könnt, die Bestrebungen auch materiell.

Frauen, zeigt den Willen zum Mithelfen bei der Abwehr von Diktatur und Gewalt. Kämpft mit uns gegen die Verrohung des politischen Kampfes und der politischen Sitten. Kämpft mit uns gegen die drohende Entrechtung der Frau. Helft mit, die Volksrechte zu erhalten. Zeigt euch wert der hohen Aufgaben, die ihr als gleichberechtigte Volksgenossinnen habt.

Es geht um eure und um des ganzen Volkes Existenz. Es geht um die Erhaltung von Leben und Kultur. Es geht um die Erhaltung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung.

Frauen, wir rufen euch! Auf zum Kampf gegen den Volksverderger der Nazis, gegen Faschismus, Krieg und Not, für Freiheit, Frieden und Brot!

**Frauenbüro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Marie Juchacz.

**Arbeiterinnensekretariat des ADGB.**

Gertrud Fann.

**Für die Frauen des ASB-Bundes.**

Johanna Saldakowski.

**Frauenauschuß der Zentralkommission für Arbeitersport.**

Hilda Sauer.

## Noch eine Erwiderung auf den Artikel: Stilles Heldentum der Proletarierfrauen

Ich habe die Erwiderung auf den Artikel gelesen und kann nicht umhin, der Einsenderin Marie Sonnenbichler, Traunstein, zu antworten. Ich hätte mich gefreut, etwas vom Kampf usw. von der Einsenderin zu hören. Da sie darüber nichts gesagt hat, möchte ich meine Meinung dazu äußern. Es ist leider so, daß viele Frauen aus ihrem häuslichen Wirkungskreis nicht heraustreten und den Kampf den Männern überlassen, ja sogar oft noch „Krach am laufenden Band“ machen, wenn der Mann seine Freizeit den Arbeiterorganisationen als Funktionär usw. zur Verfügung stellt, damit die heutige morsche Gesellschaftsordnung bald in eine sozialistische umgewandelt wird, welche allen Lebenden Raum gibt. Die

Aufgabe, die uns Frauen dabei zufällt, ist nicht allein dem Mann, wenn er müde heim kommt, eine lächelnde, sorgenlose Maske zu zeigen und als Trost die Kraft der Gewerkschaft zu haben, sondern sich von allen alten Erziehungsmethoden seelisch und geistig freizumachen. Wir müssen eine Kameradin und nicht nur die Geliebte des Gatten sein und an seinen Ideen regen Anteil nehmen. Die Schreiberin erwähnt, daß sie beim Kaufmann kauft. Ich betrachte es als selbstverständlich, daß die Frau eines freigewerkschaftlich organisierten Arbeiters in der Konsumgenossenschaft kauft, um die Plan- und Bedarfswirtschaft zu fördern. Denn die Kaufleute sind zumeist unsere politischen Gegner. Also müssen wir Frauen, da wir mit dem wenigen Geld haushalten müssen, aus der Defensive zur Offensive übergehen und die Kulturreaktion sowie die kapitalistische Vormachtstellung, welche uns Frauen besonders niederhalten, Seite an Seite mit den Männern bekämpfen, damit die spätere Generation es besser hat als wir.

Elisabeth Häuser, Dortmund.

## Unsere Jugend

### Wie schaffen wir's!

Schon öfter wurden an dieser Stelle gute Vorschläge über unsere Jugendgruppen gemacht. So auch in Nr. 5 unserer „Gewerkschaft“ von Kollegen R. Schölz. Aber seine Anregung, kurze Kabarettstücke einzulernen und diese in Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen vorzutragen, wird wohl leider nur von wenigen unserer Gruppen durchgeführt werden können; denn im allgemeinen ist die Arbeit in unseren Gruppen infolge ihrer Zusammensetzung viel schwieriger als in anderen Verbänden, wo es sich um einheitliche Berufsgruppen handelt. Außerdem besteht in den meisten Verbänden schon seit langem eine zentrale Zusammenfassung der Jugend, die meisten haben eine eigene Jugendzeitung. Eine so aufgebaute Jugendorganisation wirkt sich natürlich im ganzen Reich aus und es kann sich eine viel intensivere Gruppenarbeit entwickeln als in unseren Gruppen, die sich voll und ganz auf ihre eigene Tätigkeit verlassen müssen. Für unsere Gruppe versuchten wir einen Erfas zu schaffen, indem wir öfter mit unserem Monatsprogramm unseren Kollegen ein Flugblatt ins Haus brachten und dies gleichzeitig auf der Straße an Unorganisierte verteilten. In der letzten Zeit kamen uns die vom Verbandsvorstand gedruckten Flugblätter sehr gelegen.

Während einer fünfjährigen Tätigkeit für unsere Gruppe gab es Zeiten, wo wir 25 bis 30, mitunter aber nur 12 bis 15 Kollegen zählen konnten. Wir legen Wert darauf, ein gutes Monatsprogramm nicht nur aufzustellen, sondern auch durchzuführen. Ein gutes Monatsprogramm schlecht ausgeführt, wird sich nie zum Vorteil auswirken. Wir führen alle üblichen Gruppenarbeiten durch und haben es mit zu einer der besten Jugendgruppen in unserem Ort gebracht. Trotzdem sind wir noch nicht in der Lage gewesen, irgend etwas Besonderes allein durchzuführen. Ich glaube annehmen zu müssen, daß hier der Punkt liegt, den zu überschreiten unseren Gruppen viel Arbeit kosten wird. Wollen wir als Gruppe eine besondere Veranstaltung aufziehen oder bei einer anderen mitwirken, so erfordert das ganze Hingabe, volles Verständnis und Freude an der Sache. Da letzteres für unsere Gruppe nicht in Rechnung gegeben werden konnte, mußten wir bisher von eigenen größeren Veranstaltungen Abstand nehmen. Wir dürfen eben nicht vergessen, daß wir in unseren Gruppen mit einem ganz anderen Schlage von Kollegen arbeiten müssen, wie sie andere Verbände nicht haben. Uns ist es oft schwer gefallen, allen gerecht zu werden.

Für das Jahr 1932 haben wir beschlossen, ähnliches wie Kollege R. Schölz vorschlägt, in unseren Veranstaltungen durchzuführen. Fähigkeit und Wollen haben wir bisher gezeigt. Es ist uns manches gelungen und so wird und muß uns auch dieses gelingen — Durch die Errichtung eines besonderen Jugendsekretariats beim Verbandsvorstand wird es zukünftig auch in unserem Verband möglich sein, die Jugendarbeit mit mehr Erfolg zu betreiben. An den örtlichen Jugendgruppen liegt es nun, überall eine rege Agitation zu entfalten. Deshalb möchte ich alle Jugendleiter und Funktionäre bitten, sich ordentlich in die Jugendarbeit zu vertiefen. Vor allen Dingen energischer Wille muß sein in der Durchführung des gesetzten Planes und mustergültiges Benehmen bei allen Gelegenheiten. Bald werden wir feststellen können, daß die Jugendgruppe das Spiegelbild ihrer Leiter ist.

Freundschaft! Herzert Buße, Magdeburg.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl sind: Hindenburg, Thälmann für die Kommunistische Partei, Hitler für die Nationalsozialisten und Duesterberg für die Deutschnationalen und den Stahlhelm.

3 630 000 Einzeichnungen unterstützen die Volkslandbatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl.

Abstimmungen im Reichstag. Der Mißtrauensantrag gegen das Kabinett wurde mit 288 gegen 264 Stimmen abgelehnt, gegen Groener mit 305 gegen 250 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt, der Mißtrauensantrag gegen Reichsminister Dietrich mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Enthaltungen. — Ein Antrag auf Auflösung des Reichstags wurde mit 226 gegen 319 Stimmen abgelehnt. — Die Frage, ob die Anträge gegen den Reichspräsidenten zulässig seien, wurde mit 321 gegen 226 Stimmen bei 1 Enthaltung verneint. — Ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, die Polizeikostenszuschüsse für Braunschweig zu sperren, wurde mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen. Es stimmten dafür Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutsche Staatspartei, ein großer Teil der Zentrumskräfte enthielt sich der Stimme. — Ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, den Erlaß des Reichswehrministers über den Eintritt in die Reichswehr unterzählig aufzuheben, wurde mit 226 gegen 173 Stimmen bei 83 Enthaltungen angenommen. Auch hier stimmten dafür Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei, während die Zentrumskräfte sich zum größten Teil der Stimme enthielt. — Eine Entschlüsselung, die von der Reichsregierung die Rückgängigmachung des erhöhten Butterzolls fordert, wurde mit 204 gegen 187 Stimmen angenommen.

Ein Dynamitattentat haben die Nationalsozialisten am 24. Februar auf den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Steffan in Oppenheim verübt. Das dicht bei dem Wohnhaus gelegene Gartenhaus wurde in die Luft gesprengt. Steffan hatte sich den Haß der Nazis deshalb zugezogen, weil er die Feststellung getroffen hat, daß der Naziführer Feldmann vom Reichsgericht zu fünf Jahren Festung verurteilt wurde wegen seiner Spionagetätigkeit zugunsten Frankreichs.

Die Hitler-Jugend wurde durch den bayerischen Unterrichtsminister am 25. Februar für ganz Bayern verboten.

6 125 000 Arbeitslose wurden am 15. Februar durch die Arbeitsämter gemeldet. Danach beträgt die Zunahme in der ersten Februarhälfte rund 85 000.

Die New-Yorker Bundesreservebank hat am 25. Februar ihre Diskontsätze von 3% auf 3 Proz. gesenkt. Die Bahn für eine Diskontermäßigung in Deutschland ist damit endgültig frei.

Die Offensive Japans auf Shanghai mußte durch den energischen Widerstand der Chinesen abgebrochen werden. Auf beiden Seiten sind schwere Verluste zu verzeichnen. Inzwischen ist eine neue japanische Offensive eingeleitet.

## Aus unserer Bewegung

Die Ortsgruppenverwaltung Ost- und Westprignitz hielt am 31. Januar in Prißwark ihre Generalversammlung ab. Kollege Lüdke gab den Tätigkeits- und Kassenbericht des Jahres 1931. 22 621,52 Mk. sind an Unterstützungen aller Art in den angeschlossenen Ortsgruppen geblieben, dieses macht rund 51 Proz. der gesamten Einnahmen aus. Kassenbestand und Mitgliederbewegung sind stabil geblieben. Ein Appell an die Mitglieder, sich geschlossen den Hamerschäften der „Eisernen Front“ zur Verfügung zu stellen, schloß die Ausführungen des Kollegen Lüdke. Nach Erledigung einiger interner Gewerkschaftsfragen sprach Kollege Schmecker (Berlin) über „Der Ruf nach Arbeit und Brot“.

Breslau. In der Delegiertenversammlung gab Kollege Senk den Geschäftsbericht. Er belegte zunächst mit Zahlen die umfangreiche und vielseitige Tätigkeit der Ortsverwaltung. Wir greifen heraus: Von 43 beantragten Klagen vor dem Arbeitsgericht konnten mit vollem Erfolg 19 verbucht werden. Mit einem Vergleich endeten ebenfalls 19, verloren wurden 5 Fälle. In 28 Rechtschulfällen vor den ordentlichen Gerichten wurde in 15 Fällen Freispruch der Kollegen erzielt. In 4 Fällen wurde ein Vergleich geschlossen. 9 Fälle liefen zu ihren Ununsten aus. Die Gesamtkosten betragen hierfür rund 3412 Mk. Die Fakultätsverfahren erforderte in 10 Fällen eine Aufwendung von 1636 Mk. Der Bericht vom Ortsauschuß wurde vom Kollegen Prause entgegengenommen. — In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Senk und Blanka als Bevollmächtigte, Schulke und Brückner als Kassierer, Prause und Müller als Schriftführer, Motta, Marsahl, Braunsdorf, Koch, Pöschel, Schwarz, Wich, Guhr, Köhler, Stumm, Reichenstein, Neupauer, Schipke, Püschel, Schaller und Sommer.

Hannover. In der Generalversammlung am 16. Februar gab Kollege Müller den Tätigkeitsbericht der Abteilungen A und B (Gemeinde- und Staatsarbeiter) und Kollege Tröger den Bericht über die Tätigkeit der Abteilungen C (Handel, Transport, Kraft- und Luftfahrer), D (Straßen- und Kleinbahner), E (Post und Telegraphie) und Gruppe Hausangestellte. Aus dem schriftlich vorliegenden Gesamtgeschäftsbericht entnehmen wir, daß bei den Arbeitsgerichten eine Gesamtsumme von 7016,77 Mk. eingeklagt werden konnte. Als erfreuliche Tatsache kann festgestellt werden,

daß zwei Bildungskurse, die sich auf eine Dauer von sechs und zehn Abenden erstreckten, bei Beendigung nur einen Verlust von 10 Proz. der Teilnehmer aufwiesen. Die Betriebsräte wahlen brachten einen vollen Sieg für unsere Organisation. In 301 Betrieben sind wir mit 322 Betriebs- und Arbeiterräten vertreten, während die Nazis und RGO sich mit 9 Sitzen begnügen müssen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 8469. Die Einnahmen der Ortskasse betrugen 131 865,21 Mk., die Ausgaben 132 323,56 Mk. Die Hauptkasse schloß mit einer Einnahme von 206 657,83 Mk. und einer Ausgabe von 102 822,25 Mk. ab. An Unterstützungen wurden gezahlt: Arbeitslosenunterstützungen 32 319 Mk., Krankenunterstützungen 31 837 Mk., Todesfallunterstützungen 11 746,70 Mk., Rechtschukunterstützungen 4671,48 Mk., Invalidentunterstützungen 10 640,38 Mk., Streiks und Lohnbewegungen 5102,65 Mk., Notfallunterstützungen 5779 Mk., Weihnachtsunterstützungen 10 670 Mk. — Die Wiederwahl der alten Ortsverwaltung erfolgte einstimmig.

München. Mit 15 050 Mitgliedern hat die Ortsverwaltung das 4. Quartal 1930 abgeschlossen, mit 14 080 Mitgliedern verließ sie das Jahr 1931. Ein Rückgang trotz der mit gutem Erfolg durchgeführten Werbeaktion vom 970 Mitgliedern oder 6,5 Proz. Erfreulicherweise ist der Markenumsatz mit einem Rückgang von 4,4 Proz. dieser Entwicklung nicht voll gefolgt. Der Rückgang selbst ist restlos auf die Einengung der Beschäftigtenzahl zurückzuführen. In den Privatbetrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beträgt dieser Rückgang mindestens 35 Proz. Wenn im Verhältnis zu dem starken Beschäftigungsrückgang die Mitgliederzahl nur um 6,5 Proz. abgenommen ist, so sind hierfür zwei wichtige Ursachen entscheidend. Einmal ist es den Betriebsräten bei den Entlassungen gelungen, vorwiegend die organisierten Kollegen in Betriebe zu halten, nicht zuletzt aber auch durch die Erfolge der Werbeaktion, die wir in München das ganze Jahr 1931 als Hausagitation durchführten und die in erster Linie von den Schülern der Bernauer Bundesschule bestritten wurde. Unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse halten wir die Gesamtbilanz des Jahres 1931 nicht für ungunstig. Dabei darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß im Jahre 1931 die RGO und die Nazis zum ersten Male eigene Listen zu den Betriebsvertretungswahlen aufstellten und hierzu eine umfangreiche Agitation einleiteten. Ihre Absicht, dem Gesamt-Verband große Mitgliederteile abzunehmen, haben sie aber nicht erreicht. Im Gegenteil, besonders in den öffentlichen Betrieben, ist dieser Betriebssturm nicht nur restlos zurückgeschlagen worden, sondern er hat darüber hinaus noch aufrüttelnd die Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit der Organisation wesentlich gestärkt. Das Hauptverdienst an dieser organisatorischen Festigkeit ist auf die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Betriebsvertretungen zurückzuführen. Vielleicht gerade deshalb haben bei den Betriebsratswahlen die neuen Blufforganisationen alles eingeseht und (unterstützt durch eine hemmungslose schriftliche Agitation) mit stärkstem Stimmaufwand zum Ausdruck gebracht, daß nur sie allein die deutsche Arbeiterklasse vertreten können, und die Gewerkschaften natürlich bereits am Absterben seien. Der Erfolg dieser Massenagitation war folgendes Ergebnis: Von den gewählten Arbeiterratsmitgliedern waren Mitglieder des Gesamt-Verbandes 440, der Christlichen 54, der RGO 8 der Nazis 1. Diese Wahlen beweisen aber auch, daß die Arbeiter überall dort, wo sie Gelegenheit haben, diese „Revolutionäre“ bei der praktischen Arbeit kennenzulernen, gründlich von ihnen abrüden. — In der Tarifgestaltung wirken sich naturgemäß die beruflichen und gewerblichen Grundlagen der Organisation besonders stark dezentralisierend aus. Nicht weniger als 52 Orts-, 6 Bezirks- und 6 Reichstarifverträge, also insgesamt 64 Verträge, sind die Träger der Arbeits-, Lohn- und Gehaltsbedingungen unserer Mitglieder und auch die Träger des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kampfes der Verwaltung. In dieser Hinsicht wird das abgelaufene Geschäftsjahr mit der teilweisen Außerkräftigung der freien Tarifgestaltung hoffentlich eine Ausnahme bleiben. Die brutalen Lohn- und Gehaltsenkungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte sind reichlich bekannt, so daß sie hier übergangen werden können. Läßt sich auch im Augenblick die restlose Auswirkung der Lohnsenkungen noch nicht übersehen, so steht sow'el schon heute fest, daß deshalb, weil für kurze Zeit an Stelle der Gewerkschaften die Gesetzgebung tarifgestaltend eingegriffen hat, Mitgliederverluste in stärkerem Ausmaße kaum eintreten werden. Die althergebrachte Schlussfolgerung, daß wir jetzt keine Gewerkschaften mehr brauchen, hat, soweit wir feststellen konnten, nur bei einigen Unorganisierten und bei stimmungs- und gefühlsmäßig eingestellten Mitgliedern Fuß fassen können. Die Dinge der Wirklichkeit werden sich zweifellos entgegengesetzt auswirken und ab 1. Mai 1932 werden die Gewerkschaften mehr als je den Tarifkampf wieder aufnehmen. — Nicht ungunstig entwickelten sich auch die Finanzen der Ortsverwaltung. Einschließlich des an die Hauptkasse in bar abgeführten Betrages der Gesamteinnahme von 838 228,01 Mk. eine Ausgabe von 646 786,40 Mk. gegenüber. Der Kassenbestand der Ortsverwaltung beträgt daher am Schluß des 4. Quartals 1931 191 441,61 Mk. Sind wir so finanziell vor den schlimmsten Auswirkungen der Krise durch eine vorsichtige und sparsame Geschäftsführung auch für lange Zeit gesichert, so sind wir hinsichtlich des Mitgliederbestandes einfach unangreifbar. Von den 14 080 Mitgliedern der Ortsverwaltung München gehören nämlich 8802 bereits 5 Jahre, 6294 Mitglieder 10 Jahre, 2941 Mitglieder

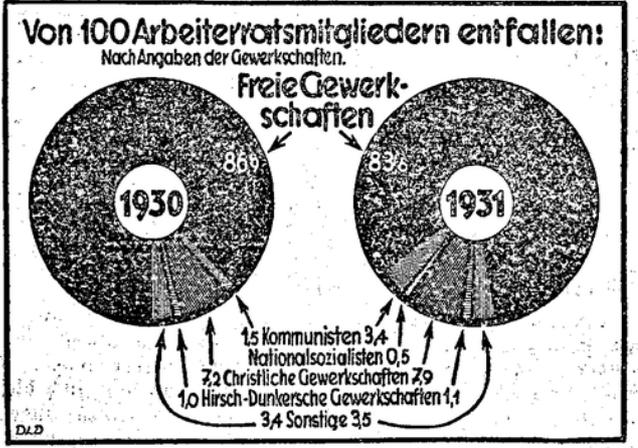
15 Jahre, 2276 Mitglieder 20 Jahre, 1106 Mitglieder 25 Jahre und 133 Mitglieder 30 Jahre ununterbrochen dem Verbands an. Erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt, besonders im Vergleich zu den übrigen örtlichen Organisationen, ist allerdings auch die Zahl der invaliden Mitglieder mit 1150. Von diesen beziehen bereits 610 Mitglieder die Verbandsrente. — Inzwischen hat nun auch die Jahresgeneralversammlung stattgefunden, die durch Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung nicht nur die Tätigkeit der Geschäftsleitung anerkannte, sondern damit auch zum Ausdruck brachte, die kommenden noch größeren Auseinandersetzungen gemeinsam durchzukämpfen. Den Auftakt zu diesem Kampfeswillen erbrachte die große Funktionärerversammlung vom 4. Februar 1932, bei der sich die gesamten Funktionäre der Ortsverwaltung München aktiv der „Eisernen Front“ verpflichteten. Gerüstet und vorbereitet zum Kampf sowie zur Abwehr beginnen wir die Tätigkeit für das Entscheidungsjahr 1932.

Oldenburg i. O. Die Generalversammlung wurde am 14. Februar 1932 abgehalten. „Aus dem Elend und aus der sozialen Erkenntnis muß eine organisierte und moralisch kräftige Arbeiterklasse erwachen.“ Dieses Wort von Karl Marx ist hier zur Wahrheit geworden, über den Teilnehmern der Generalversammlung lag es wie ein Gesetz der Zeit. Die Tatsache, daß sich der Saal der Bavaria als zu klein erwies, spricht für sich. Der Geschäftsbericht gab Zeugnis von einer regen Tätigkeit im verflohenen Jahr, selbst das lose Mundwerk unserer KDDisten steht wahrscheinlich noch vor Stauen offen, gefagt haben sie nämlich nichts. Doch damit auch etwas Heldenmütiges geschehe, eine neue Gruppe „Einheitsfronttaktiker“ warf sich mit Elan in die Kritik, nämlich unsere Kollegen von der SAP. Wenn man nun schon glaubt, daß man kritisieren muß, dann ist es besser, man fängt beim richtigen Ende an, sonst wird es allen so gehen, wie unserer SAP. in Oldenburg, nämlich daß die Versammlung allen Widersachern den Mund stopft. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben ausnahmslos Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder sowie eine vom Vorstand vorgeschlagene Zufahrtwahl.

Ulm a. d. D. In der Generalversammlung am 31. Januar 1932 gaben die Kollegen Wolf und Grimm den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Ortsgruppe hat das Krisenjahr 1931 gut überstanden, wenn auch ein mäßiger Rückgang in der Beitragsleistung und in der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Die Inanspruchnahme der Unterstützungen hat sich stark gesteigert, denn 5271,55 Mk. oder 41,70 Proz. der Gesamteinnahmen sind im 4. Quartal 1931 aus Mitteln der Haupt- und Ortskasse für Unterstützungen ausbezahlt worden. Die seitherige Ortsverwaltung mit dem Kollegen Wolf als Vorsitzenden und Grimm als Kassierer wurde einstimmig wiedergewählt.

## RUNDSCHAU

Ein Ergebnis der Betriebsratswahlen im Jahre 1931. Die politischen Wahlen des Jahres 1931 brachten immer wieder ein Absinken der radikalen Flügel. Die Ursache war die fortschreitende Wirtschaftsnote, die immer mehr ansteigende und sich schlimmer auswirkende Arbeitslosigkeit. Dies beweisen auch die Ergebnisse der Betriebsratswahlen, wie wir sie auf dem Bilde nach Angabe der freien Gewerkschaften dargestellt haben. In der Darstellung sind etwa ein Drittel der noch in den Betrieben



Beschäftigten erfaßt. Die Statistiken der christlichen Gewerkschaften haben ungefähr das gleiche Ergebnis gebracht. Auch die einen viel kleineren Kreis von Arbeitern umfassenden Zahlen des Arbeitgeberverbandes geben ungefähr gleiche Verhältnisse. Man sieht bestätigt, daß den Nationalsozialisten ein Eindringen in die Front der Arbeiter nicht gelungen ist und daß derjenige Arbeiter, der im Betriebe, wenn auch verkürzt und zu niedrigerem Lohne arbeitet, weiterhin treu zu seiner Gewerkschaft steht. Man kann sogar sagen, daß heute ein großer Teil der Arbeiter erst einsieht, was die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft im letzten Jahrzehnt erreicht hatten.

## Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

### IX.

„Meine Arbeit beginnt um sechs Uhr von neuem“, bemerkte Royd später. „Heute abend werden wir noch einmal beim Premierminister sein.“

„Was? Ich dachte, der Kongreß hätte der Regierung erklärt, sie sollte sich zur Hölle scheren?“ Alle lachten über den Aerger, der in Blains Stimme grollte.

„Wir erwägen nicht des Späßes halber den Generalstreik, junger Mann“, verwies ihn Royd. „Unsere Abstimmung heute morgen war ein guter Gegenbluff auf das Freiwilligenaufgebot der Regierung.“

„Bluff... diese Konferenz?“ schrie Joan wie verzweifelt. „Nie werde ich meinen Genossen wieder Glauben schenken, wenn jene Rede des Transportarbeiters Bevin Bluff war.“

„Kein Bluff im Sinne von Unaufrichtigkeit“, beschwichtigte ihr Chef. „Als die Gewerkschaften ihr Votum abgaben, geschah es, damit man es gebrauchte —, wenn nötig. Aber ist es unbedingt nötig. Um diese Frage dreht sich alles. Wer möchte wohl einen Generalstreik wünschen, solange er irgend vermieden werden kann! Jedenfalls wird die Regierung jetzt wohl überzeugt sein, daß wir aufs Ganze gehen, und demgemäß sich zu entscheiden haben, ob wir oder die Bergwerksbesitzer ihr das Leben unangenehmer machen können. Und um auch die letzte Möglichkeit einer friedlichen Beilegung nicht von der Hand zu weisen, werden wir mit den Ministern heute nacht und wahrscheinlich noch morgen verhandeln.“

Endlich griff auch Anthony Dacre in die Diskussion ein. „Mir scheint, ihr habt jede Alternative ziemlich gründlich erörtert! Wie wäre es, wenn man ohne Generalstreik die Einfuhr ausländischer Kohle sperrte und gleichzeitig jeglichen Transport der einheimischen verweigerte? Vielleicht währt es auf diese Art ein wenig länger; dafür aber wird das Ziel todlicher erreicht.“

„Auch dieses haben wir erwogen, uns jedoch von der praktischen Undurchführbarkeit überzeugt. Der erste Eisenbahner, der sich weigerte, Kohle zu transportieren, würde auf der Stelle entlassen werden. Das bedeutet einen Eisenbahnerstreik, bedeutet weit ausgebreitete Arbeitslosigkeit und Leerung der Gewerkschaftskassen. Nein, wir müssen der Regierung klarmachen, daß es leichter ist, etliche Grubenbesitzer zu zwingen, als mehrere Millionen von Arbeitern.“

„Es ist eine böse Affäre, Mr. Royd. Warum hat man nicht wenigstens einen Teil der Millionenunterstützungen zur Reform des englischen Kohlenbergbaus verwendet?“ fragte Dacre. „Das Wort Reform schmeckt nach Sozialismus. Jeder, der Eigentum hat, schreit: Dies gehört mir — mein Wille ist hier Gesetz! Mit diesem Meßstab von Dorrechten, wie sie die englische Verfassung jedem Besitzer zugestehet, vermag nur die Revolution aufzuräumen.“

„Sollten sich die Ereignisse wirklich bis zu einer Revolution zuspitzen?“

„Nur, wenn die Regierung so töricht ist, unsere Führer zu verhaften.“

Blain legte seine Hände zusammen wie zum Gebet. „Ihr ewigen Geister, wo ihr auch sein mögt, bitte, laßt Churchill den gesamten Generalkrat hinter Schloß und Riegel setzen, und zwar baldigt!“

„Gern, Gern“, tadelte Mary Maud, „so etwas müssen Sie nicht sagen. Mr. Royd, ich bin stark an Kohlengruben beteiligt und ich schäme mich der Hartherzigkeit der Arbeitgeber. Doch eine Revolution würde nichts Gutes bringen. Wie froh bin ich, daß vernünftige, ruhige Männer wie Sie die Zügel in der Hand haben!“

William Royds Augen wurden hart. „Erst ganz kürzlich bereiste ich die Bergwerksdistrikte, und ich würde Ihnen nicht nur keine Revolution ersparen, Miß Meadows, sondern sie morgen führen, wenn ich nur die mindeste Hoffnung hätte, daß es dahin käme. Leider jedoch sind unsere Leute viel zu geduldig.“

„Sie jagen mir Angst ein, Mr. Royd. Ich bin froh, daß unser Volk nicht diesen reizbaren Russen gleicht! Was soll jeder von uns nun tun?“

„Richtig, dabei fällt mir ein, daß ich morgen in der großen Versammlung in Shireport sprechen soll.“ Er wandte sich zu Joan. „Da ich aber verhindert bin, müssen Sie für mich einspringen. Vielleicht fährt einer Ihrer Freunde Sie hin, damit Sie nicht auf Zugerbindungen angewiesen sind.“

„Endlich ein Auftrag!“ sagte Blain mit einem Aufatmen. „Ich fahre Sie Joan. Meine alte Karre wird es schon schaffen, oder darf ich mir für die große Sache Ihren Wagen leihen, Mary Maud?“

„Selbstverständlich, aber können wir — Anthony und ich — nicht auch mitkommen?“

„Wissen wir denn, ob Miß Craig uns haben will? ...“ Dacres Stimme klang fast spröde.

Joan sah ihn erstaunt an. „Die Frage ist, kann einer von Ihnen beiden reden, falls der Andrang so stark sein sollte, daß zwei Versammlungen abgehalten werden müssen?“

„Ja, mein Kind!“ Blain erhob sich in Rednerpose. „Die Sprudel der Beredsamkeit wogen in mir auf, ich fühle mich fähig, an das Weltall eine Ansprache zu halten. Mary Maud, Sie übernehmen das Verpflegungsamt.“ —

Nach anstrengender Fahrt hielt anderen Tages um halb sieben der Wagen in Shireport vor dem Hause des Gewerkschaftssekretärs, wo die vier von der Hausfrau sofort mit einem echten Yorkshiretee zu Brot und Schinken bewirtet wurden. Ein wenig später verschwand Joan mit dem Sekretär in der Küche, um sich von ihm orientieren zu lassen, während am Tischtisch Dacre das Gespräch mit der Gastgeberin auf den drohenden Streik zu lenken suchte. Die Frau war ruhig, doch offensichtlich bedrückt.

„Ein Streik bringt einen immer so zurück“, seufzte sie, zu Miß Meadows gewendet, an der sie Gefallen gefunden hatte. „Tom verdient regulär drei Pfund die Woche und macht außerdem noch oft Ueberstunden.“

„Ist das nicht sehr wenig?“ fragte Mary Maud, einen Vergleich ziehend zwischen dieser Summe und ihren eigenen Ausgaben.

„Drei Pfund Wochenlohn gilt in Shireport als sehr gutes Einkommen — die wenigsten haben es. Aber wenn der Streik lange dauern sollte, kann man die fälligen Beiträge für die Klubs nicht mehr entrichten.“

Die einzigen Klubs, die Mary kannte, waren teure gesellschaftliche Affären, und daher meinte sie überrascht: „Gehören Sie denn mehreren an?“

„Drei Bekleidungsklubs. Das ist der einzige Weg, um sich mit Schuhen, Wäsche und Kleidung zu versorgen. Auf einmal kann man dergleichen nicht bezahlen, sondern nur in jeder Woche einen oder zwei Shilling Beitrag geben. Ich habe Schulden, aber mit vier Kindern — nun, Sie verstehen...“ Und ihr Lächeln sprach von der Ueberzeugung, daß die andere über Kinder Sorgen hinlänglich Bescheid wissen würde.

Die Joan, die jetzt aus der Küche zurückkehrte, glich nicht mehr dem Mädchen, das auf dem Herwege so übermütig gescherzt und gelacht hatte. Ein herber, entschlossener Zug lag um ihren Mund. „Man ist hier ein bißchen besorgt“, berichtete sie, „Docharbeiter, Mechaniker und Bergarbeiter sind all right. Doch eine große chemische Fabrik, bei der ein Prämiensystem eingeführt worden ist, könnte uns Ungelegenheiten machen. Möglicherweise wollen die Arbeiter nicht ihre sechsmonatliche Prämie riskieren. Legen Sie daher den Schwerpunkt Ihrer Rede auf das Wort Solidarität, Gerald — Sie wissen schon, wie Sie es anzufangen haben. Im Schützengraben habt ihr den ganzen Dreck zusammen ausgehalten, Leute, und genau so heißt es auch jetzt, einer für den anderen.“

„Wird gemacht, Chef!“ salutierte Blain.

„Beabsichtigt der andere Herr auch zu sprechen?“ erkundigte sich der Sekretär.

„Ja?“... wehrte Dacre entsetzt. „Ich habe noch nie in meinem Leben eine Rede gehalten. Lieber an den Marterpfahl!“

„Marterpfahl ist gar nicht notwendig“, mischte sich Joan ein. „Wenn der Andrang drei Versammlungen erfordert, müssen Sie eben sprechen. Die Arbeiter dürsten nach Nachrichten aus erster Hand, vergessen Sie, daß Sie eine Rede halten, und schildern Sie ganz einfach Ihre Eindrücke vom Londoner Kongreß.“

In der Stadthalle saßen und standen die Menschen Kopf an Kopf, so daß Blain sofort zu dem zweiten Saal delegiert wurde. Joan gelang es, sich aus eigener Kraft durch die Menschenmauer hindurchzuarbeiten; für Mary Maud löste diese Aufgabe ein Polizist. Und dann befand sich Miß Meadows, der Menschenansammlungen und Menschengewühl zeit lebens verhaßt gewesen waren, auf einer Empore, eingekleidet in eine Menge, die sie offenbar für eine Arbeiterführerin hielt. Sie musterte die Gesichter rund um sich herum, zaghaft, unsicher... Aber das Gefühl der Unsicherheit schwand immer mehr und mehr. Befreit atmete sie auf und murmelte schließlich des öfteren vor sich hin: „Liebe Menschen, wirklich liebe Menschen!“